

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Wir sind Regierungspartei! Dies fühlt sich immer noch ungewohnt aber schön an. Besonders schwer tut sich da die CDU mit der Gewöhnung an die Oppositionsrolle nach rund 58 Jahren an der Macht.

Während man sich „oben“ schon ans Regieren macht und sich in den Ministerien einrichtet, freut man sich „unten“ darüber, fast jeden Tag neue Ansprechpartner genannt zu bekommen. Die guten Tipps z. B. dass man keine „Kleine Anfrage“ mehr auf den Weg bringen muss – jetzt ist es ein „Ministerbrief, machen fast vergessen wie schwierig es war als Opposition überhaupt wahrgenommen zu werden.

Was man so mitkriegt, hört und sieht sich schon ganz gut an. Die erwarteten Querelen mit der Bahn und die Schwierigkeiten mit dem Stresstest sind nicht ausgeblieben. Das Stichwort EnBW verheißt auch noch Sorgen. Was soll's, wir haben gewusst, dass das Regieren nicht leicht werden wird. Jetzt sind wir dran werden arbeiten. Je besser wir dies tun – zusammen mit unseren Partnern, den Grünen, desto eher werden wir oben bleiben.

Nach fünf Jahren wird der Wähler entscheiden, wer die nächsten fünf Jahre in welcher Konstellation

regieren soll. Da wir nicht versagen werden, wird die Frage nach der Konstellation maßgeblich sein.

Bis dahin entscheidet aber nicht nur das Regieren im Land. Jetzt geht es auch darum unsere Werte und Inhalte für die Bevölkerung wieder stärker wahrnehmbar zu vermitteln. Die gemeinsame Erfüllung des Koalitionsvertrags wird uns dabei hilfreich sein. Gemeinsam waren wir immer stark, wir werden es jetzt auch wieder sein.

Natürlich werden wir auch klären warum die SPD z. B. bei der Landtagswahl für junge Frauen nicht mehr sexy genug war. Kann das bedeuten, dass wir keine Antworten auf ihre ganz speziellen Fragen hatten? Warum tut sich gerade eine **sozial-demokratische** Partei manchmal so schwer in Sachen Sozialpolitik? Haben einige „Selbst-verständlichkeiten“ die Fürsorglichkeit abgestumpft? Solche Fragen müssen wir schnellstens beantworten, damit wir vor dem Ende der Legislaturperiode Lösungen praktizieren können. Diagnostik gehört eben vor die Therapie.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- EU: "Schnelle Kurskorrekturen bei Euro-Hilfspakten nötig" - "Wichtiger Etappensieg für Europas Bankkunden" - "Bei europäischem Stresstest durchgefallene Atomkraftwerke gehören sofort vom Netz!" - "Stärkung der Metropolregionen, der städtischen Interessen und der lokalen Ebene"	2 - 4
- BW: EnBW soll schneller in erneuerbare Energien einsteigen - SPD-Landtagsfraktion parlamentarisch voll arbeitsfähig	5 - 6
- Nils Schmid beim Blutritt in Weingarten	6
- SPD-Bodenseekreis: Eigentore der neuen Opposition - Termine im Bodenseekreis	7 - 8
- SBI: Was ist eigentlich daraus geworden? Teil VII – Prix Wasserfrau 2008 für Sonja Wiesmann verliehen- für eine bessere Mutterschaftsversicherung!	9- 10
- Reisen bildet – Exkursionen an den Bodensee	10 -11
- SP Kanton SG: Nach Sparpaket – keine weiteren Steuersenkungen - Chance zur Stärkung der Mittelschulen verpasst	11-13
- SPÖ Vorarlberg: Atomenergie ist keine Fortschrittstechnologie - Landesregierung lässt Teilqualifizierungslehre „prüfen“	13-14
- Ratgeber für Grenzgänger für 2011 erschienen - SPD Kreis Konstanz: "Verhandeln Sie!" – Bundestagsmandat zurückgegeben	14-15 15
- SPD Kreis BC und Martin Gerster: 100 Prozent für Martin Gerster	15-16
- IG-Metall-Vertrauensleute von Liebherr in Berlin - MdB Gerster lädt Bürger ein	16
- Das Café Kumm ist in Gefahr	16
- KV Ulm und Hilde Mattheis: Hilde Mattheis will AKW Grundremmungen bis 2016 vom Netz nehmen - Weitere Ulmer Kita erhält Unterstützung bei der Sprachförderung	17
- Keine längere Laufzeit für Grundremmungen C – SPD Kreis RV: Der ROTE TURM – SPD Kreis SIG: Ein ganz junger Kreisvorstand!	17-19
- BayernSPD-SPD-Kreisverband Lindau: SPD-Europafest in Lindau – 100 Jahre OV Lindenberg	19-20
- Buchbesprechung: Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung - Fortsetzung von S. 8: Termine - Unsitten und Schlimmeres	20-23
- Bahr provoziert weitere Kassenschließungen	23
- Mail-Informationsdienst der SPD	24-27
- Plakat: Infos für Grenzgänger	28
- Impressum	29



Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Peter SIMON:

"Schnelle Kurskorrekturen bei Euro-Hilfspakten nötig"

EU-Finanzminister lavieren und taktieren Europa ins Abseits

Die Schuldenkrise in Griechenland, Irland und Portugal wird immer mehr auch zu einer politischen Krise Europas. Das zeigt der Gipfel der EUWirtschafts- und Finanzminister am heutigen Dienstag in Brüssel. "Gerade in kritischen Situationen erwarten die Menschen und Märkte eigentlich entschlossenes und abgestimmtes Handeln. Von Seiten des Rates der EU erhalten sie aber lediglich widersprüchliche und zögerliche Aussagen. Den Regierungen ist nicht nur der gemeinsame Kompass abhanden gekommen, es scheint als fehle ihnen derzeit leider schlichtweg eine tragfähige und langfristige erfolgreiche Antwort auf die aktuellen Herausforderungen. Momentan haben stattdessen wieder mannigfaltige Spekulationen Hochkonjunktur und sorgen damit noch für eine Verschärfung der Situation. Verantwortungsvolles Krisenmanagement sieht anders aus", kritisiert der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**. Von der Bundesregierung und den übrigen Mitgliedstaaten fordert das Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung deshalb dringende Kurskorrekturen bei den Hilfspaketen und der Reform der Eurozone.

"Die derzeitige Ausgestaltung der Hilfspakete erschwert effektive Hilfsmaßnahmen", betont **Peter SIMON**. Der Rückführung der Staatsverschuldung müsse ohne Zweifel hohe Priorität eingeräumt werden. "Mit der Privatisierung von Staatseigentum allein ist es hier nicht getan. Die Schuldenberge können nur dann nachhaltig abgebaut werden, wenn die Strukturreformen mit neuen Wachstumsimpulsen verknüpft werden. Es gilt daher, neue Wachstumsfelder zu identifizieren und diese auch mit Hilfe der Strukturfonds sowie der Europäischen Investitionsbank gezielt zu fördern", so **Peter SIMON** weiter.

Mit Blick auf die Ratsdebatte zur Restrukturierung der Staatsschulden plädiert Peter SIMON für eine Senkung der Zinsbelastung der Krisenstaaten. Zudem spricht er sich für die Einrichtung eines Europäischen Währungsfonds (EWF) aus: „Neben der

Bereitstellung des institutionellen Know-Hows für die Verhandlungen mit den Gläubigern könnte der Europäische Währungsfonds u. a. helfen, Leistungsbilanzunterschiede im Zaum zu halten und mit der Ausgabe von Eurobonds betraut werden. Die Bundesregierung muss endlich ihren Widerstand gegen einen Europäischen Währungsfonds aufgeben.“

Brüssel, 17.05.2011

Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

Peter SIMON:

"Wichtiger Etappensieg für Europas Bankkunden"

Sicherung von Sparbüchern und Girokonten nach Abstimmung im Wirtschaftsausschuss entscheidenden Schritt weiter

Bankkunden können erst einmal durchatmen: Sie sollen europaweit nicht nur einen noch besseren Schutz für ihre Gelder erhalten, sondern dabei auch nach wie vor auf bewährte und erfolgreiche Sicherungssysteme, wie beispielsweise der deutschen Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaftsbanken, vertrauen können.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament folgte damit in seiner Abstimmung am Dienstag über die entsprechende gesetzliche Neuregelung zu den Einlagensicherungssystemen in der EU in allen wesentlichen Punkten fast geschlossen dem Vorschlag des baden-württembergischen SPD-Europaabgeordneten **Peter SIMON**. "Der ursprünglich von der EU-Kommission hierzu vorgelegte Vorschlag war viel zu einseitig und trug der Vielfalt des Bankenmarktes und den bestehenden Sicherungssystemen keine Rechnung. Die strikte Gleichmacherei hätte beispielsweise das unbegründete Aus für die jahrzehntelang bewährten und klar am Kunden ausgerichteten deutschen Schutzsysteme der Sparkassen und Volksbanken bedeutet."

"Der nun vom Ausschuss angenommenen Vorschlag spricht sich dagegen eindeutig für das Fortbestehen von Institutssicherungssystemen, wie beispielsweise dem der Sparkassen und Genossenschaftsbanken, aus", unterstrich der Berichtstatter. Möglich wurde das durch die Formulierung gemeinsamer europäischer Anforderungen an alle Sicherungssysteme bei gleichzeitig größtmöglicher Flexibilität bei deren Ausgestaltung auf Ebene der Mitgliedstaaten.

Zukünftig sollen Banken im Voraus ausreichend Finanzmittel in Fonds einzahlen, so dass im Krisenfall am Ende nicht der Staat und damit der Steuerzahler die Folgen des Handelns der Kreditinstitute tragen müssen. Die Fonds sollen jeweils eine Höhe

von 1,5 Prozent der geschützten Einlagen erreichen und zu mindestens 90 Prozent aus Barmitteln und höchstens 10 Prozent durch risikoarme Aktiva der Kreditinstitute gespeist werden. Ziel ist es weiterhin, im Falle des Zusammenbruchs einer Bank, die Guthaben bis zu einer Höhe von 100.000 Euro innerhalb von fünf Werktagen zu erstatten.

"Dank dieser Anforderungen steht eindeutig der Sparerenschutz im Mittelpunkt. Die Bankkunden können so europaweit auf ein fundiertes Sicherheitsnetz für ihre Gelder vertrauen und das unabhängig davon, ob sie ihre Einlagen bei einer Privatbank, einer Sparkasse oder einer Genossenschaftsbank haben", betonte **Peter SIMON**.

Nach der Abstimmung im Ausschuss beginnen nunmehr die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten. Die Abstimmung im Plenum wird voraussichtlich im September 2011 erfolgen.

Brüssel, 24.05.2011

Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

Peter SIMON:

"Bei europäischem Stresstest durchgefallene Atomkraftwerke gehören sofort vom Netz!"

EU-Aufsichtsbehörden stimmen bei AKW für "Stresstest light"

"Kaum sind die schrecklichen Bilder aus Japan nicht mehr tagesaktuell in den Köpfen der Menschen präsent, werden anstatt der noch vor Wochen von allen Seiten öffentlichkeitswirksam geforderten umfassenden und maximalen Sicherheitsüberprüfungsmaßnahmen wieder nur halbherzige und unverbindliche Maßnahmen präsentiert. Wenn wir nicht jetzt die Lehren aus der Atomkatastrophe in Japan ziehen, wann dann?", zeigt sich der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** enttäuscht über die Ergebnisse des gestrigen Treffens der nationalen Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit (ENSREG) in der EU. Dass die von Energiekommissar Günther Oettinger eingeforderte Verbindlichkeit der Tests bei den Mitgliedstaaten keine ausreichende Unterstützung fand, empört den Europaabgeordneten: "Ausgerechnet die nationalen Behörden, die die maximale Sicherheit von Atomanlagen garantieren sollen, widersetzen sich umfassenden und verbindlichen Stresstests." Insbesondere kritisiert er auch, dass die EU-Mitgliedstaaten verbindliche Konsequenzen ablehnen, falls Atomkraftwerke bei Stresstests durchgefallen sollten: "Stresstests ohne verbindliche Konsequenzen verkommen doch zu einer Farce. Schrottkraftwerke, die die Tests nicht bestehen, gehören schlicht und einfach sofort vom Netz. Da darf es überhaupt keine Diskussion mehr geben", so **Peter**

SIMON. Als inkonsequent beurteilt er zudem, dass die von den EU-Mitgliedstaaten nun geplanten Stresstests für die 143 AKW in der EU nur die Sicherheit nuklearer Reaktoren im Falle von Naturkatastrophen und menschlichem Versagen überprüfen. Noch vor kurzem hatten die EU-Staats- und Regierungschefs umfassende Prüfungen aller Risikoszenarien angekündigt. "Dazu gehören natürlich auch Terroranschläge und Cyberattacken", betont der Sozialdemokrat.

Peter SIMON plädiert zudem dafür, Atompolitik endlich auf die europäische Ebene zu verlagern:

"Die verbindliche und umfassende Überprüfung der Sicherheit von Atomkraftwerken darf an nationalen Grenzen nicht halt machen. Was bringt es uns in Baden-Württemberg letztendlich, wenn zwar unsere AKWs höheren Sicherheitsstandards entsprechen, aber nur wenige Kilometer von der Landesgrenze entfernt in Frankreich mit dem AKW Fessenheim ein Meiler steht, bei dem deutlich niedrigere Sicherheitsmaßstäbe angesetzt werden? Wirkliche Verbesserungen in Hinsicht auf die Sicherheit in Deutschland und Europa können wir nur haben, wenn alle AKW in der EU mit gleichen, verbindlichen und hohen Standards überprüft werden." In einem offenen Brief an den französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy hatte **Peter SIMON** gemeinsam mit mehreren französischen und deutschen Europaabgeordneten der S&D-Fraktion und der Fraktion der Grünen/EFA aus Baden-Württemberg und dem Elsass deshalb die sofortige Stilllegung des AKW Fessenheim gefordert.

Brüssel, 25.05.2011

Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

Peter SIMON:

"Stärkung der Metropolregionen, der städtischen Interessen und der lokalen Ebene"

Regionalentwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments stellt erste Weichen für die Zukunft der EU-Strukturförderpolitik nach 2013

"Metropolregionen kommen leichter an EU-Fördermittel, die Akteure vor Ort werden verbindlich in alle Phasen der Erstellung der Förderprogramme einbezogen und die Förderung der Städte wird weiter gestärkt und ausgebaut", so bringt der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** einige der aus seiner Sicht zentralen Aussagen zweier heute im Regionalentwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments verabschiedeter wegweisender Berichte zur Ausgestaltung der EU-Strukturförderpolitik nach 2013 auf den Punkt. Besonders erfreut zeigt sich der Mannheimer Euro-

paabgeordnete darüber, dass es ihm gelungen ist, die Mitglieder des Regionalentwicklungsausschusses für den besonderen Stellenwert von Metropolregionen zu sensibilisieren. Im Bericht werden diese nicht nur explizit genannt, sondern der Regionalentwicklungsausschuss fordert - einem Änderungsantrag **Peter SIMONS** folgend - "eine angemessene Berücksichtigung dieser funktionalen geographischen Einheiten in den nationalen Operationellen Programmen, um die Verwendung von EU-Finanzmitteln für interregionale Entwicklungsprojekte zu erleichtern". "Dass sie endlich auch auf der Agenda der EU-Förderpolitik erscheinen, ist für Regionalentwicklungsmodelle wie z. B. das der Metropolregion Rhein-Neckar ein enorm wichtiger Schritt. Folgt die Europäische Kommission unserer Forderung, dann würden Förderkulissen endlich nicht mehr an Bundeslandgrenzen halt machen und funktionale Räume wie die Metropolregion Rhein-Neckar könnten endlich auch ohne bürokratische Kraftakte für ihre bundeslandübergreifenden Projekte verstärkt auf europäische Fördergelder zurückgreifen", betont das Mitglied des Ausschusses für Regionale Entwicklung.

Außerdem hatte sich **Peter SIMON** im Rahmen der Verhandlungen der Berichte noch erfolgreich für eine verbindliche Einbeziehung der lokalen Ebene in sämtliche Phasen der Erstellung der Förderprogramme stark gemacht. "Durch die Pflicht zur Einbindung der Städte, Gemeinden und Kommunen würde sichergestellt, dass nicht wieder Förderprogramme rein nach Gutsherrenart entworfen werden, die am eigentlichen Bedarf vorbeigehen. Schließlich sind es die Akteure vor Ort, die der europäischen Regionalpolitik ein Gesicht geben und die Projekte erfolgreich umsetzen. Da steht ein größeres Mitspracherecht außer Frage. Zumal damit auch eine noch höhere Qualität der Projekte einhergehen würde", erläutert Peter SIMON.

Zudem begrüßt **Peter SIMON** die Forderung nach einer noch stärkeren Berücksichtigung städtischer Belange: "Projekte wie z. B. das MAFINEX Technologiezentrum oder die Umwandlung des Stadtteils Jungbusch zum kreativwirtschaftlichen Mittelpunkt von Mannheim, die ohne europäische Gelder nicht möglich gewesen wären, zeigen die enorme Bedeutung der europäischen Förderung von Städten. Damit an solche Erfolge angeknüpft werden kann und für nachhaltige Projekte die nötige Kontinuität an Mitteln gewährleistet wird, ist es wichtig, diese Unterstützung durch Europa zukünftig noch stärker in der Förderkulisse zu verankern."

Brüssel, 26.05.2011

Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

EnBW soll schneller in erneuerbare Energien einsteigen

Claus Schmiedel: „Die Abwertung durch eine Rating-Agentur muss für die EnBW Ansporn sein, bei den erneuerbaren Energien jetzt rasch mehrere Gänge hoch zu schalten“

Rau und Goll sollen sofort Sitz im Aufsichtsrat der EnBW aufgeben

Der Energiekonzern EnBW muss sich nach Ansicht von SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel schnell und entschlossen auf die neue Situation nach dem endgültigen Atomausstieg einstellen. „Die EnBW muss beim Einstieg in die erneuerbaren Energien rasch mehrere Gänge hoch schalten.“ Es sei ein Alarmsignal, dass die Rating-Agentur Moody's den Ausblick für die EnBW von "stabil" auf „negativ“ abgesenkt habe.

Schmiedel bezeichnete es vor diesem Hintergrund als „hanebüchen“, dass die Ex-Minister Rau (CDU) und Goll (FDP) an ihren Sitzen als Aufsichtsräte der EnBW klebten und eine geplante Strategie-Sitzung des Konzerns wegen den Abläufen bei dieser Personalie offenbar verschoben worden sei. Er forderte Rau und Goll auf, ihre Ämter mit sofortiger Wirkung niederzulegen und für die von der grün-roten Landesregierung nominierten Nachfolger, Vize-Regierungschef Schmid und Staatsministerin Krebs, Platz zu machen. Es könne nicht angehen, dass die strategische Neuausrichtung der EnBW im Benehmen mit der neuen Landesregierung nicht zeitnah in Gang komme, nur weil aus dem Amt geschiedene Minister als Aufsichtsräte nicht „Auf Wiedersehen“ sagen wollen.

„Es rächt sich nun, dass die EnBW mit Rücken-deckung der schwarz-gelben Landesregierung viel zu lange einseitig auf längere Laufzeiten ihrer Atommeiler gesetzt und den Umbau auf erneuerbare Energien verschlafen hat“, sagte Schmiedel. Ein Umbau auf erneuerbare Energien solle dazu beitragen, den Unternehmenswert zu erhalten, damit auch die 20.000 Arbeitsplätze zu schützen und finanzielle Verluste für das Land zu reduzieren. „Nur wenn die EnBW sich jetzt konsequent auf Windkraft, Sonnenenergie und Biomasse einlässt, kann sie die aktuellen Marktchancen nutzen – falls nicht, sind die Folgen unabsehbar“, erklärte Schmiedel.

Stuttgart, 06.Juni 2011

Martin Mendler, Pressesprecher

SPD-Landtagsfraktion parlamentarisch voll arbeitsfähig

Arbeitskreise und Ausschüsse besetzt – AK-Vorsitzende gewählt

Mit der Wahl ihrer Arbeitskreisvorsitzenden und der Nominierung ihrer Vorsitzenden und Mitglieder

für die Ausschüsse des Landtags hat die SPD-Landtagsfraktion ihre volle parlamentarische Arbeitsfähigkeit hergestellt. Die Arbeitskreisvorsitzenden und die von der SPD gestellten Ausschussvorsitzenden des Landtags gehören nach der Geschäftsordnung der Fraktion dem erweiterten Vorstand an.

Nach einer Absprache zwischen den Fraktionsvorsitzenden soll die SPD in dieser Legislaturperiode den Vorsitz im Innen-, Wissenschafts- und Europa-ausschuss übernehmen. Für diese Aufgaben nominierte die Fraktion die Abgeordneten Walter Heiler (Innen, schon bislang Vorsitzender), Helen Heberer (Wissenschaft) und Peter Hofelich (Europa).

„Um auch die Stellvertreter und den Parlamentarischen Geschäftsführer in hervorgehobener Funktion in die inhaltliche Arbeit der Fraktion mit einzubinden, haben wir vereinbart, dass diese Abgeordneten zugleich den Vorsitz eines Arbeitskreises übernehmen“, erläuterte Fraktionschef Claus Schmiedel.

Zu Vorsitzenden von Arbeitskreisen der SPD-Landtagsfraktion wurden folgende Abgeordnete gewählt.

AK Recht und Verfassung: Andreas Stoch

Der Heidenheimer Abgeordnete wurde bereits auf der Fraktionssitzung am 10. Mai 2011 zum Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde der 41-jährige Rechtsanwalt als Obmann der SPD im Untersuchungsausschuss zum Polizeieinsatz gegen S21-Demonstranten im Stuttgarter Schlossgarten bekannt.

AK Finanzen und Wirtschaft: Klaus Maier

Der Parlamentsneuling Klaus Maier leitet den AK Finanzen und Wirtschaft. Der 54-jährige Abgeordnete im Wahlkreis Schwäbisch-Gmünd ist seit 1986 Bürgermeister in Heubach. Seit 1989 sitzt Klaus Maier auch im Kreistag des Ostalbkreises und stand dort von Oktober 1998 bis Mai 2011 an der Spitze der SPD-Fraktion.

AK Schule, Jugend und Sport: Christoph Bayer

Der 62-jährige Abgeordnete im Wahlkreis Breisgau gehörte schon in der letzten Legislaturperiode zu den Mitgliedern des Arbeitskreises Schule, Jugend und Sport. Eigene Akzente setzte er in seiner Funktion als jugendpolitischer Sprecher, etwa mit Vorschlägen zur Stärkung der politischen Bildung und Beteiligung junger Menschen.

AK Ländlicher Raum und Verbraucherschutz: Alfred Winkler

In der Zuständigkeit für den Ländlichen Raum und für die Agrarpolitik wird sich nichts ändern: der 64-jährige Waldshuter Abgeordnete Alfred Winkler steht auch die nächsten fünf Jahre an der Spitze dieses Arbeitskreises. Dem Landtag gehört Winkler seit August 2002 an. In seiner Heimatgemeinde Rheinfeld-Herten ist er seit 1999 Ortsvorsteher.

AK Verkehr und Infrastruktur: Hans-Martin Haller

Mit Hans-Martin Haller kommt ein „alter Hase“ an die Spitze des AK Verkehr und Infrastruktur. Der 61-jährige Balingen Abgeordnete hat sich schon seit Jahren einen Namen als Verkehrsexperte gemacht und war zuletzt verkehrspolitischer Sprecher. Haller ist seit 1999 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Kreistag des Zollern-Alb-Kreises.

AK Innenpolitik: Nikolaos Sakellariou

Als Sprecher für Zuwanderungsfragen und Strafvollzugsbeauftragter beackerte Nik Sakellariou schon bislang Themen mit starkem innenpolitischem Bezug. Jetzt wurde der 48-jährige Abgeordnete und Rechtsanwalt aus Schwäbisch-Hall zum Vorsitzenden des AK Innenpolitik gewählt. Seit 2007 ist er Landesvorsitzender der Naturfreunde Württemberg.

AK Sozialpolitik: Rainer Hinderer

Der neu in den Landtag eingezogene Heilbronner Abgeordnete übernimmt den Vorsitz im AK Sozialpolitik. Der 48-jährige Diplomsozialarbeiter gehört seit 2004 dem Gemeinderat von Heilbronn an. Seit 2006 führt er den SPD-Kreisverband Heilbronn. Seit 2002 ist Hinderer gewähltes Mitglied der Landessynode der Evangelischen Kirche in Württemberg.

AK Wissenschaft, Forschung und Kunst: Martin Rivoir

Auch auf diesem Feld ist Kontinuität angesagt: Der alte AK-Vorsitzende Martin Rivoir ist auch der neue. Der 50-jährige Ulmer Abgeordnete wurde vor kurzem auch zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. In der letzten Periode hatte sich Rivoir auf die Forschungs- und Wissenschaftspolitik spezialisiert und übte dazu das Sprecheramt aus.

AK Umwelt, Klima und Energiewirtschaft: Johannes Stober

Der bisherige umweltpolitische Sprecher Johannes Stober steigt jetzt zum AK-Vorsitzenden auf. Der 42-jährige Karlsruher Abgeordnete löst in dieser Funktion den aus dem Landtag ausgeschiedenen Energieexperten Thomas Knapp ab. Mitglied des Landtags ist Stober seit April 2006.

AK Europa: Rita Haller-Haid

Die neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende Rita Haller-Haid leitet auch den AK Europa. Die 60-jährige Abgeordnete aus Tübingen will auf diese Weise dem gewachsenen Stellenwert europapolitischer Themen auch im Fraktionsvorstand das nötige Gewicht verleihen. Landtagsabgeordnete ist Haller-Haid seit April 2001.

AK Integration: Rosa Grünstein

An die Spitze des neu geschaffenen AK Integration wurde die 62-jährige Schwetzingen Abgeordnete Rosa Grünstein gewählt. Sie ist auch stellvertreten-

de Fraktionsvorsitzende. Dem Landtag gehört Grünstein bereits seit Januar 2000 an.
Stuttgart, 18. Mai 2011

[Martin Mendler](#), Pressesprecher

Nils Schmid beim diesjährigen Blutritt in Weingarten

Nach 16 Jahren war erstmals wieder ein sozialdemokratischer Landesminister prominenter Ehrengast bei der alljährlichen Blutritterprozession in der oberschwäbischen Basilikastadt Weingarten. 1995 stand Frieder Birzele, damals SPD-Innenminister in der großen Koalition mit der CDU in der Stuttgarter Landesregierung auf dem Rathausbalkon neben anderen kirchlichen und weltlichen Würdenträger/innen. Dieses Mal nahm der neue stellvertretende Ministerpräsident Nils Schmid (SPD) auf dem Rathaus-Balkon neben der CDU-EU-Abgeordneten Elisabeth Jeggle und dem spanischen Erzbischof von Santiago de Compostela, Julian Barrio Barrio, die Prozession der 3 000 Blutritter ab. Insgesamt über 30 000 Besucher/innen, darunter etwa 10 000 gemeldete Pilger aus dem Ausland, nahmen an dem traditionellen Festereignis in Weingarten teil.

„Ich bin tief beeindruckt, wie diese Jahrhunderte lange Tradition gepflegt wird. Ich finde es auch schön, dass es neben der Traditionspflege auch einen geselligen Charakter hat, wo viele Leute zusammenkommen und mitfeiern,“ sagte Nils Schmid. Mit sichtlicher Genugtuung reagierte auch Doris Spiess, SPD-Gemeinderätin und seit 20 Jahren aktive Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Weingarten, auf dieses Zeichen für die neuen Regierungsverhältnisse in der baden-württembergischen Landeshauptstadt. Bei Blutritter-Prozessionen in den vergangenen Jahren sind die SPD-Bundestagsabgeordneten Rudolf Bindig oder Martin Gerster als Ehrengäste auf den Weingartener Rathaus-Balkon eingeladen worden.

W. Bernhard

Link zu:

„Unser Land modern und sozial gerecht gestalten“:

<http://fraktion.bawue.spd.de/cgi-sub/fetch.php?id=346>

(Broschüre)

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



Eigentore der neuen Opposition

Zur Kritik des Vorstands der Kreis-CDU über Mängel an den Reformen der grün-roten Regierung und dem neuen Ministerium für Integration (Berichte im Südkurier und in der Schwäbischen Zeitung am 21. Mai 2011), muss man zugestehen, dass es das Recht, ja geradezu die Pflicht einer Oppositionspartei ist, das Planen und Handeln der Regierung kritisch zu verfolgen und den Mitbürgerinnen und Mitbürgern Alternativen dazu aufzuzeigen. Nur sollte sich die CDU daran erinnern, dass sie bis vor kurzem knapp 58 Jahre Zeit hatte, unser Land politisch zu formen.

In diesen 58 Jahren hat es die CDU nicht geschafft, die Aufstiegschancen von Kindern aus bildungsfernen Schichten zu verbessern. Diese haben gegenüber Kindern aus Akademikerfamilien 6,6-fach schlechtere Chancen für ein Hochschulstudium. Damit ist Baden-Württemberg Schlusslicht in der Bundesrepublik. Die neue Regierung strebt Chancengleichheit für alle Kinder an, was letztlich eine individuelle Förderung eines jeden Kindes bedeutet, also das Gegenteil einer Einheitsschule, wie sie die CDU dieser Regierung unterstellt. Da dies nur mit einem höheren Kultusetat zu schaffen ist, sind moderate Steuererhöhungen unvermeidbar. Diese liegen aber beispielsweise beim Neubau eines Hauses durch die Erhöhung der Grunderwerbssteuer nur bei ca. einem Prozent der Gesamtkosten.

58 Jahre CDU-Regierung haben den Bodenseekreis verkehrspolitisch unterentwickelt gelassen. Für den überregionalen Straßenverkehr gibt es meist nur zweispurige Bundesstraßen, die für Friedrichshafen, Markdorf, Fischbach, Hagnau und alle Dörfer zwischen Meersburg und Ravensburg eine tägliche schwere Belastung durch Lärm und Abgase bedeuten. Dem regionalen Zugverkehr (Bodenseegürtelbahn) droht lt. einer Studie des Landratsamts ein Holpertakt von alternierend 40 und 80 Minuten, sollten Hochrhein- und Südbahn, die Bodenseegürtelbahn aber nicht elektrifiziert werden. Der CDU Landtagsabgeordnete Ulrich Müller war in seiner Jahrzehnte währenden Karriere neun Jahre

lang Staatssekretär, bzw. Minister im Verkehrsministerium.

Die Sorge der CDU, dass nach der Senkung des Quorums beim Volksentscheid „eine Minderheit von Stimmbürgern weitreichende Entscheidungen durchsetzen“ könne, ist reine Polemik, da die CDU knapp 58 Jahre lang die Regierung im Lande bildete, immer nur von einer Minderheit der Stimmbürger gewählt.

Übrigens, das erste Ministerium für Integration wurde vor fünf Jahren von Jürgen Rüttgers, damals Ministerpräsident von Nordrheinwestfalen und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU geschaffen.

Und zu guter Letzt, eine Partei, die es in 58 Jahren nicht geschafft hat, nachhaltige Rücklagen für die Bezahlung der Beamtenpensionen zu bilden, sollte sich nicht große Sorgen über „die Verschiebung der Nettoullverschuldung von bisher 2014 auf das Jahr 2019“ machen, sondern hoffen, dass dies ein erster Schritt in Richtung Sicherung der Beamtenpension ist.

In Demokratien ist es eigentlich guter Brauch, der neuen Regierung 100 Tage Zeit zu geben, sich in das Regierungsgeschäft einzuarbeiten. MdL Ulrich Müller hat noch vor der Wahl des Ministerpräsidenten und der Vereidigung seines Kabinetts seinen ersten Sorgen zur Verkehrspolitik Ausdruck gegeben. Und für die Kreis-CDU entsprechen knapp zwei Wochen hundert Tagen, obwohl sie wissen müssten, dass Gott der Woche sieben Tage gegeben hat.

Dietram Hoffmann,

**Medienreferent SPD
Bodenseekreis**

Termine im Bodenseekreis

KV-Sitzung:

Montag, 11.07.2011

19:30 Uhr

Langenargen

parteiöffentlich

OV Bermatingen:

Ortsvereinsitzung

Montag, 04.07.2011, 19:30 Uhr - 21:30 Uhr.
Ort: Bermatingen, Weinstube Stecher

5. Brunnenfest

Sonntag, 17.07.2011, 10:00 Uhr - 16:00 Uhr.
Ort: Bermatingen, Bärenbrunnen an der Schule

Auf ein Gespräch freuen sich die SPD Mitglieder.
Für das leibliche Wohl ist wie immer bestens
gesorgt.

OV Deggenhausertal:

**Nächste Mitgliederversammlung ist
unser internes Sommerfest am**

Donnerstag 28.07.11 um 19.30 Uhr

OV Friedrichshafen:

SPD- Stammtisch

Donnerstag, 30.06.2011, 19:30 Uhr.
Ort: Dorfkrug

Mitgliederversammlung

Dienstag, 05.07.2011, 19:30 Uhr.
Ort: Hotel- Restaurant Waldhorn, Dornierstraße
2/1, Friedrichshafen

Thema:

**"Karl- Olga- Haus: Ein Zentrum für ältere
Menschen in Friedrichshafen."**

Referent: Johannes Weindel, Geschäftsführer
Klinikum Friedrichshafen

OV Markdorf:

**Wanderung zum Pfingstmusikfest
Riedheim**

Montag, 13.06.2011, 10:00 Uhr - Montag,
13.06.2011
Ort: Kirche Markdorf

Vorstand

Donnerstag, 14.07.2011, 20:00 Uhr - 22:30 Uhr.
Ort: Krone

OV Meersburg:

Vorstandssitzung

Donnerstag, 30.06.2011, 20:00 Uhr
Gutsschänke

OV Überlingen:

Dienstag 14.6.2011

parteiöffentliche Vorstand- und Fraktionssitzung
Zeit: 19:30

Ort: Nebenzimmer des Gasthauses
Krone, Münsterstraße

Dienstag, 28.06.2011

öffentliche Mitgliederversammlung

**Vier Ortsvereine berichten zur
Landesgartenschau**

Zeit: 20:00 Uhr
Ort: „Le Foyer“ Kursaal

Samstag 16.7.2011

Grillparty
Zeit: 19:00
Ort: wird noch bekannt gegeben

OV Überlingen:

**Montag 18.7.2011
parteiöffentliche Vorstand- und
Fraktionssitzung**

Zeit: 19:00
Mitgliederversammlung
Zeit: 20:00
Thema: wird noch bekannt gegeben
Ort: Nebenzimmer des Gasthauses
Krone, Münsterstraße

Jusos Bodenseekreis:

**Regionalkonferenz Jusos Süd-
Württemberg**

Sonntag, 12.06.2011, 14:00 Uhr - 18:00 Uhr.
Ort: Tübingen

**Regionalkonferenz der Jusos Süd-
Württemberg**

folgende Tagesordnung ist vorgeschlagen:

1. Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden
Jonathan Gauss
2. Bericht aus den Kreisverbänden
3. Vorbereitung LDK
 - Anträge aus der Region
 - Vorstellung der anwesenden Kandidatinnen und
Kandidaten für den Landesvorstand
 - Kandidaturen aus der Region(BuKo)

Fortsetzung auf Seite 23

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Was ist eigentlich daraus geworden?

Teil VII

Prix Wasserfrau 2008 an Sonja Wiesmann verliehen- für eine bessere Mutterschaftsversicherung!

Die engagierte Mutter von zwei Zwillingen und SP-Politikerin im Kanton Thurgau ist gelernte Bautechnikerin und Bauführerin. Seit 2005 ist sie Mitglied im Thurgauer Kantonsparlament und Präsidentin der SP-Frauen im Kanton Thurgau. Sonja Wiesmann gehört außerdem seit 2009 dem Leitungsteam der Frauenvernetzungsworkstatt St.Gallen an. Vor zwei Jahren behauptete sie sich gegenüber einem Mitbewerber aus dem Kanton Zürich und wurde mit großer Mehrheit von den Stimmbürger/innen zum **Gemeindeamann (Bürgermeisterin) in der Thurgauer Gemeinde Wigoltingen** gewählt. Sehr bekannt und geschätzt ist Sonja Wiesmann auch in den Reihen der Schweizer Bauarbeitergewerkschaft Unia wegen etlicher Initiativen für Mindestlöhne und für eine bessere soziale Absicherung der Beschäftigten in der Baubranche. **Sie kandidiert für die Sozialdemokratinnen im Thurgau für die Nationalratswahl am 23.Oktober 2011**, zusammen mit **Cornelia Komposch**, von Beruf Krankenschwester und ausgebildete Bäuerin, seit 2006 ebenfalls Gemeindeamann(Bürgermeisterin) in der Gemeinde Herdern unweit des Untersees am Bodensee, gelegen zwischen Frauenfeld und Stein am Rhein, 947 Einwohner/innen.

Am 4. September 2008 verlieh ihr das **Präsidium der Sozialistischen Bodensee-Internationale(SBI)** in Arbon den Prix Wasserfrau, eine Bronzefigur aus der Werkstatt der St.Galler Bildhauerin Irene Thoma, verbunden mit einer Förder Summe von 1 000 Euro. Die Jury der SBI unter dem Vorsitz der

Schweizer SP-Nationalrätin Hildegard Fässler hat sich hauptsächlich für diesen Vorschlag zur Preisverleihung entschieden, weil Sonja Wiesmann erfolgreich gegen ihre Entlassung in dem früheren Tiefbau-Unternehmen geklagt hatte, für das sie als Bauführerin arbeitete. Der Grund für die Kündigung: **Sie hatte während ihrer Schwangerschaft den Mutterschaftsurlaub angetreten!** Mit ihrem Prozess lenkte Sonja Wiesmann den Focus der Schweizer Öffentlichkeit auf die noch immer stark verbesserungswürdige Mutterschaftsversicherung in der Schweiz. Zwar hatten die Stimmbürger/innen bei einem schweiz-weiten Referendum am 26. September 2004 nach mehreren vergeblichen Anläufen eine Vorlage für eine Mutterschaftsentschädigung angenommen. Diese regelt aber weitgehend die Erwerbsausfallentschädigung für versicherungspflichtig beschäftigte Frauen. Nicht erwerbstätige Mütter sind davon ausgenommen. Eine Volksinitiative „für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft“ die von der gesamten politischen Linken der Schweiz und auch von der Westschweiz unterstützt wurde, scheiterte mit klarer Mehrheit bei der Volksabstimmung am 2. Dezember 1984. Im Artikel 34 der eidgenössischen Bundesverfassung sollte eine „**obligatorische und allgemeine Mutterschaftsversicherung**“ eingeführt werden mitfolgenden Einzelregelungen: genereller Kündigungsschutz für die gesamte Dauer der Schwangerschaft und der Zeit nach der Entbindung. Der Bund, die Kantone, die AHV und die Arbeitgeber (Anteil 50%) übernehmen für die erwerbstätigen Mütter die Finanzierung der Mutterschaftsversicherung. Nichterwerbstätige Mütter erhalten für die Zeit des Mutterschaftsurlaubes ein angemessenes Tagegeld, Mutterschaftsurlaub für mindestens 16 Wochen, davon 10 Wochen nach der Niederkunft, volle Lohnfortzahlung, Elternurlaub von mindestens 9 Wochen für die Mutter oder für den Vater, vollständige Deckung aller Spital- und Arztkosten infolge Schwangerschaft und Geburt.

Daraus ist –wie erwähnt- nichts geworden. Die bürgerlich-konservativen Frauenverbände lehnten wie in Deutschland die Elterngeldregelung vor allem ab, weil auch die Väter davon profitieren sollten!

Für den Bereich der Europäischen Union hat das EU-Parlament übrigens im Oktober 2010 eine Gesetzgebungsinitiative für eine EU-Richtlinie beschlossen. Demnach soll es künftig in der gesamten EU einen einheitlichen Mutterschaftsurlaub von 20 Wochen geben, mit vollem Lohnausgleich und Kündigungsschutz.

Rekordhalter in der EU sind Tschechien und Slowakei mit 28 Wochen Babypause, Großbritannien mit 26 Wochen, allerdings mit eingeschränkten Regelungen beim Lohnausgleich und bei der Sozialversicherung. In Deutschland besteht wie in der Schweiz aktuell ein Anspruch auf einen Mutterschaftsurlaub von 14 Wochen, in Deutschland bei 100 Prozent Lohnfortzahlung, in der Schweiz 80 Prozent des bisherigen Einkommens. In Österreich besteht ein Anspruch von 16 Wochen Mutterschaftsurlaub, bei Mehrlingsgeburten 20 Wochen (Angaben von wikipedia). In den USA gibt es weder gesetzliche Regelungen zum Mutterschaftsurlaub noch ein Anspruch auf Zahlungen durch den Sozialversicherungsträger.



Sonja Wiesmann hat sich dafür eingesetzt, dass wenigstens in der Schweizer Erwerbsersatzordnung (EO) seit einigen Jahren auch der Verdienstausschlag bei berufstätigen Frauen beim Mutterschaftsurlaub geregelt wird. Finanziert wird die EO je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmer/innen (0,3 Prozent vom Bruttolohn). Zusätzlich haben die erwerbstätigen Mütter in der Schweiz nach dem Obligationenrecht (OR) einen Anspruch auf Kündigungsschutz während der gesamten Dauer der Schwangerschaft und in den 16 Wochen nach der Geburt des Kindes. Eine Broschüre des SECO im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement für Wirtschaft EVD in Bern geht ausführlich auf alle Fragen zum Schutz der Arbeitnehmerinnen während und nach der

Schwangerschaft ein. Sonja Wiesmann erhielt übrigens nach ihrem Erfolg bei dem Arbeitsprozess gegen ihren früheren Firmenchef wegen des Verstosses gegen das eidgenössische Gleichstellungsgesetz gegen Diskriminierungen aus geschlechtlichen Gründen einen **Schadenersatz von 50 000 Franken** vom Gericht zugesprochen, zu zahlen von ihrem damaligen Arbeitgeber.

Bis jetzt sind etwa 340 Klagen meist von Frauen bei Schlichtungsstellen oder Gerichten in der Deutsch-Schweiz gegen Arbeitgeber-Verstöße gegen das Gleichstellungsgesetz von 1996 bekannt geworden. Im Falle von Sonja Wiesmann begründete ihr damaliger Firmenchef seinen Schritt zur Entlassung der langjährigen Mitarbeiterin mit der bemerkenswerten Feststellung: „Mit der hormonellen Umstellung durch die neue Mutterschaft ist eine Vollzeitarbeit im Betrieb nicht mehr möglich....“ Der Prozess hat es wieder einmal bestätigt: Geltendes Recht, auch wenn es gesetzlich bereits anerkannt ist, muss oft unter schwierigen persönlichen Umständen bei Gericht eingeklagt werden. Sonja Wiesmann hat damit vielen Frauen ein wichtiges Beispiel für den erforderlichen Mut und die Zivilcourage zur Frauengleichstellung vorgelebt.

W. Bernhard

Reisen bildet – Exkursionen an den Bodensee

Reisen bildet, sagt der Volksmund. Und die Bodenseeregion ist oft genug willkommenes Ziel von Bildungsausflügen und Lernfahrten. Unlängst suchten sich die Parlamentspräsidien der französischen Nationalversammlung und des Deutschen Bundestages ausgerechnet den schmucken Ratssaal in Überlingen aus, um über beiderseitige Anliegen in der Arbeit der Abgeordneten zu beraten. Die Initiative ist von Norbert Lammert ausgegangen, der sich im Dreiländereck am Bodensee recht gut auskennt. Die Politiker/innen scheuten bei dieser Gelegenheit auch nicht den unbefangenen Kontakt mit Kunden und Händlern auf dem Überlinger Wochenmarkt. Chapeau!

Eine andere Reisegruppe mit internationaler Erfahrung ist die Familie der Senioren (AG 60 plus) in der SPD Leverkusen. Ihr ehemaliger Parteisekretär Rolf Pillekat scheut mit seinen 75 Lebensjahren weder Kosten noch Mühen, um wie in den vergangenen Jahren eine abwechslungsreiche Bildungsfahrt in die Bodenseeregion zu organisieren. Im Berggasthof auf dem Höchsten (gehört schon zum Landkreis Sigmaringen) übernachteten die Leverkusener Genossinnen und Genossen mehrere Nächte lang, um tagsüber kommunalpolitische Besonderheiten in der Stadt Ravensburg zu besichtigen, eine Käserei und das Hutmuseum im Allgäustädtchen Lindenberg zu besuchen und sich im Vorarlberger Landtag in Bregenz von hochkarätigen Ex-

perten darüber in Kenntnis setzen zu lassen, wie denn die Stadtoberhäupter in Griechenland, Frankreich, Deutschland und Österreich verfassungsgemäß in ihr hohes Amt gewählt werden. Anschließend konnte die Genossenschar den Bodensee vom Pfänder aus bei schönstem Wetter und guter Sicht genießen. Weitere Besuche führten die Gäste ins Zeppelinmuseum nach Friedrichshafen, nach Unteruhldingen zu den Pfahlbauten, ergänzt durch eingehende Unterredungen mit Gesprächspartnern der SPD in Lindenberg und in Meersburg. In Leverkusen ist der Rote Seehas mittlerweile zur Lieblingslektüre in SPD-Kreisen geworden, wie Rolf Pillekat versicherte.

Im terrassenförmig angelegten „Landhaus“ in Brengenz an der Römerstraße 15 sind die Landesregierung und das Landesparlament (mit 36 Abgeordneten) des österreichischen Bundeslandes Vorarlberg untergebracht. Das Gebäude umfasst einschließlich der Tiefgarage ein Volumen von 200 Einfamilienhäusern und ist vor 30 Jahren gebaut worden. In diesem Gebäude, im Büro der sozialdemokratischen Fraktion, tagt häufig der Vorstand der Sozialistischen Bodensee-Internationale (SBI). Rolf Pillekat begrüßte im Landtagsfoyer seine „alte Freundin“ Olga Pircher, die SPÖ-Politikerin aus Bludenz, die er schon oft in den vergangenen Jahren bemüht hatte, wenn es um Termine für Besichtigungen und Gespräche am Ostufer des Bodensees ging. In zwei europäischen Ländern sind derzeit Sozialdemokrat/innen Stadtoberhäupter, nämlich Heinz Fischer in Österreich und Micheline Calmy-Rey in der Schweiz. Deutschland stellt mit Christian Wulff den jüngsten Präsidenten, Frankreich mit Nicolas Sarkozy den mächtigsten Präsidenten von den genannten Ländern. Und Karolos Papoulias, der griechische Staatspräsident und mit 75 Jahren der älteste, muss befürchten, sein Amt ab dem Sommer 2011 nur noch ehrenamtlich ausüben zu können, wegen der bekannten Misere der griechischen Staatsfinanzen.

Rolf Pillekat hatte als Referenten für die Wahlberichterstattung für die Präsidentschaft in den betreffenden Ländern folgende Persönlichkeiten gewonnen: Reinhold Einwallner, den Landesgeschäftsführer der SPÖ Vorarlberg, Max Lemmenmeier, Professor an den Universitäten St. Gallen und Zürich, Janis Goudoulakis, griechischstämmiger Vorsitzender des Integrationsrates in Leverkusen, Claude Fritsch, ein Franzose aus Straßburg, Beauftragter des Bürgermeisters für die Entwicklung und Sanierung von Wohnvierteln, und last not least, Karl-Heinz-König, Chefredakteur des internationalen Magazins Roter Seehas und Beauftragter für die Entwicklung und Sanierung von sozialdemokratischen Ortsvereinen am Bodensee. Die Gäste dankten den vortragenden Experten mit anhaltendem Beifall für ihre kenntnisreichen Ausführungen zur Wahl des jeweiligen Staatsoberhauptes. In der Schweiz ist allerdings der siebenköpfige Bundesrat das eigentliche Staatsober-

haupt, und abwechselnd übernimmt jeweils ein Bundesrat (also ein Minister) immer für ein einzelnes Jahr die formalen Aufgaben eines Schweizer Bundespräsidenten, eine sehr schwäbisch-kostengünstige Regelung, während der deutsche Bundespräsident, wenn er einmal nicht mehr im Amt ist, bis an sein Lebensende den „Ehrensold“ erhält, also sein ungekürztes Präsidentengehalt samt Dienstwagen, Chauffeur und Mitarbeiterstab. Der österreichische Bundespräsident kann die Ernennung (Angelobung) eines Bundesministers auch verweigern, wie es bei der früheren ÖVP/FPÖ-Bundesregierung wegen einzelner Jörg-Haider-Abgesandten tatsächlich vorgekommen ist.

Bei den Fahrten zwischendurch während der sonnigen Maitage ließen sich die Gäste vom Ruhrpott über den Start der grün-roten Landesregierung in Stuttgart und über die verschiedenen Systeme der Rentenversicherung im Dreiländereck am Bodensee informieren. Angenehme Erinnerungen nahmen sie bezüglich der Käsespätzle aus der Küche des Berggasthofes auf dem Höchsten und anderer süddeutschen Spezialitäten für das leibliche Wohl mit. Es soll nicht die letzte Reise einer SPD-Delegation aus Leverkusen in den „wildem Süden“ gewesen sein.

W. Bernhard



Sozialdemokratische Partei
Kanton St. Gallen

Nach Sparpaket – keine weiteren Steuersenkungen

Die SP-Fraktion hat sich im Massnahmenzentrum Bitzi in Mosnang auf die Junisession vorbereitet. Im Zentrum der Beratungen standen die Rechnung 2010 sowie der Nachtrag zum Mittelschulgesetz. Die SP fordert die Schaffung eines Mittelschulrates. Die Nachträge zum Polizeigesetz und zum Gesetz über die Strassenverkehrsabgabe lehnt die Fraktion ab.

Die Rechnung 2010 hinterlässt bei der SP gemischte Gefühle. Zwar ist die Besserstellung von 126 Millionen Franken gegenüber dem Voranschlag erfreulich, doch belegen die Zahlen auch eindrücklich die massiven Steuererleichterungen in den vergangenen Jahren. Der Anteil Steuern am Gesamtertrag des Kantons sank von 46.1 (2007) auf 36.3 Prozent (2010)! Für die SP ist weiterhin klar, dass der Hebel bei der Ertragsseite angesetzt werden muss. Ein weiteres fünftes Sparpaket ist unnötig und wird abgelehnt. Legt die Regierung ein weiteres Sparpaket vor, erwartet die SP, dass dieses vor den Kantonsratswahlen beraten wird. Die Bevölkerung soll wissen, wer den Kanton kaputtspart und Leistungsabbau betreibt.

SP fordert die Schaffung eines Mittelschulrates

Die SP-Fraktion hat den XII. Nachtrag zum Mittelschulgesetz intensiv beraten. Die Abschaffung der Aufsichtskommission verschlankt die Strukturen und ist positiv zu werten. Doch trotz der langen Vorbereitungszeit der Revision sind die Neuerungen im Gesamten jedoch wenig visionär. Die SP wird an ihrem Antrag zur Schaffung eines Mittelschulrates festhalten. Auffällig ist, dass die Rektoren sehr viel mehr Macht erhalten und gleichzeitig, die Lehrerschaft und der Konvent geschwächt werden. Die SP verlangt darum, eine Vertretung des Konvents in der Rektorenkonferenz und die Wahl der RektorInnen sowie ProrektorInnen durch den Mittelschulrat.

Unnötiger Nachtrag zum Polizeigesetz

Mit dem Inkrafttreten der neuen Eidgenössischen Strafprozessordnung bleibt den Kantonen für eigene Regelungen betr. der Orientierung der Bevölkerung über hängige Strafverfahren eigentlich kein Raum. Kantonsrätin Laura Bucher: *"Die SP hat bereits die Initiative der JSVP abgelehnt und wird daher auch auf den unnötigen VIII. Nachtrag zum Polizeigesetz nicht eintreten"*.

Auch auf den VII. Nachtrag zum Gesetz über die Strassenverkehrsabgabe wird die SP nicht eintreten. "Im Nachgang zum Sparpaket liegen die Vergünstigungen und Einnahmenreduktionen quer in der Landschaft", so Kantonsrat Ruedi Blumer. Anzustreben wäre eine gesamtschweizerische Lösung und nicht einmal mehr Steuererleichterungen für Unternehmungen.

Damit die Hochschule für Technik Buchs wettbewerbsfähig bleibt und ihre Hauptaufgaben der Lehre, der anwendungsorientierten Forschung und Entwicklung erhalten kann, unterstützt die SP den Kantonsbeitrag von 9.5 Millionen Franken an die Erneuerungsinvestition der NTB. Auch die Vorlage zur Stärkung des Vereinswesens ist bei der SP unbestritten.

Mehr Personal für das Massnahmenzentrum Bitzi dringend notwendig

Die SP hielt ihre Fraktionssitzung in der Massnahmenvollzugsanstalt Bitzi in Mosnang ab. Im Rahmen der Beratung der Rechnung war auch ebendiese Anstalt Thema der Diskussion.

Die Rechnung 2010 zeigt, dass die Massnahmenvollzugsanstalt Bitzi 2010 für den Kanton St.Gallen gewinnbringend gearbeitet hat: 1,6 Mio. Franken fließen in den allgemeinen Haushalt! Der Überschuss hat zwei Gründe: Mit gleich viel Personal wurden mehr Insassen betreut und beim Personalaufwand wurden etwa 200'000 Franken gespart. Bereits bei der Beratung des Massnahmenpaketes beschlossen die bürgerlichen Parteien SVP/CVP/FDP, zwei geplante Stellen im Sicherheits- und Betreuungsbereich zu streichen. Sie lehnten einen

Antrag der SP-Fraktion auf Streichung dieser Massnahme mit 76 zu 23 Stimmen ab.

Während einem Rundgang durch Anstalt mit Direktor Leo Näf, wurde rasch klar, dass die Belastung des Personals im Massnahmenvollzug laufend steigt und trotzdem ausgewiesene zusätzliche Stellen durch die vorgesetzten Stellen und den Kantonsrat verweigert werden. Fraktionspräsidentin Barbara Gysi: *"Diese Personalsituation im Bitzi ist unhaltbar. Zusätzliche Stellen sind dringend, denn die Sicherheit des Personals des Massnahmenvollzugs muss an erster Stelle stehen!"*

Agnes Haag neues Fraktionsmitglied

Nach dem Rücktritt von Bernadette Bachmann aus dem Kantonsrat, konnte die Fraktion Agnes Haag aus St.Gallen erstmals wieder in ihren Reihen begrüßen. Als 2. Stimmzähler und künftiges Mitglied des Präsidiums nominiert die SP Bruno Willi, Wartau.

Mosnang, 27. Mai 2011

Weitere Auskünfte:

- o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Chance zur Stärkung der Mittelschulen verpasst

Die SP-Fraktion bedauert es, dass der Kantonsrat die Schaffung eines Mittelschulrates abgelehnt hat. Dass der Kantonsrat – trotz neuen Sparpaketen – beinahe weiteren Steuergeschenken im Umfang von 75 Millionen den Weg bereitet hat, ist für die SP völlig unverständlich.

In der Juni-Session des St.Galler Kantonsrates sorgte vor allem der XII. Nachtrag zum Mittelschulgesetz für Diskussionsstoff. Die SP hat das Geschäft schlussendlich abgelehnt, nachdem der Rat Anträge von SP und FDP zur Schaffung eines Mittelschulrates abgelehnt hat. Für Kantonsrätin Anita Blöchlinger Moritzi ist klar: *„Der Kantonsrat hat die Chance verpasst, ein Gremium zu schaffen, welches für die Anliegen der Mittelschulen sensibilisiert ist und sich vertieft mit den anstehenden strategischen Entscheiden auseinandergesetzt hätte.“*

Keine weiteren Steuergeschenke

Richtigerweise wurden zwei rechtswidrige Motionen zu Steuerthemen vom Kantonsrat bachab geschickt: Der von der SVP geforderte Abzug für die Kinderbetreuung innerhalb der Familie fand keine Mehrheit. Auch eine Motion der CVP zur Einführung einer flexiblen Grundsteuer scheiterte zum Glück. *„Die Differenzierung bei der Grundsteuer wäre der erste Schritt zur Abschaffung der Grundsteuer gewesen“*, ist Kantonsrat Fredy Fässler überzeugt. Bei der Überweisung dieser Motion wäre mit Steuerausfällen von 75 Millionen Franken zu

rechnen gewesen. „Es ist komplett daneben, zum heutigen Zeitpunkt über neue steuerliche Entlastungen nachzudenken.“

Die Diskussion erstaunt umso mehr, zeigen sich in der Rechnung 2010 doch die negativen Folgen der massiven Steuererleichterungen der letzten Jahre. So sank der Anteil Steuern am Gesamtertrag des Kantons sank in den vergangenen vier Jahren von 46.1 auf 36.3 Prozent. Die SP betonte in der Debatte nochmals, dass für die Gesundung des Finanzhaushaltes in erster Linie auf der Ertragsseite angesetzt werden muss.

Um die negativen Auswüchse des Steuerwettbewerbs nicht zu weiter befördern, empfahl die SP-Fraktion, auf den VII. Nachtrag zum Gesetz über die Steuerverkehrsabgabe nicht einzutreten. Die Vorlage will die Motorfahrzeugsteuern für Anhänger massiv senken. Anzustreben wäre aus Sicht der SP eine gesamtschweizerische einheitliche Lösung.

Basisstufe noch nicht abgeschrieben

Leider hat der Rat die Dringlichkeit der Motion der SP, die der Basisstufe in der Primarschule nochmals eine Chance geben will, nicht für dringlich erklärt. Damit ist das Thema aber noch nicht vom Tisch, denn viele Schulgemeinden, die mit diesem Modell ihre Schulen erhalten konnten, stehen ratlos da und können den Entscheid der April-Session nicht nachvollziehen. Kantonsrätin Maria Huber: „Die politische Diskussion über das Projekt Basisstufe muss ordentlich zu Ende geführt werden. Wir verlangen daher von der Regierung, dass sie den abschließenden Bericht zur Basisstufe dem Parlament vorzulegt.“

St.Gallen, 7. Juni 2011

Weitere Auskünfte:

- o Barbara Gysi, Fraktionspräsidentin
- o Dario Sulzer, Politischer Sekretär



Atomenergie ist keine Fortschrittstechnologie

Die aktuellen Entwicklungen in Fukushima – der Betreiber des AKW gab erstmals die Kernschmelze in allen drei Reaktoren zu – bestätigen einmal mehr:

Kernenergie ist und bleibt ein unkalkulierbares Risiko



SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig beim Österreich2020-Zukunftsdiskurs „Ökologie als Ökonomie des 21. Jahrhunderts“.

Dem Risiko zum Trotz wird in Europa bereits an einen AKW-Neubau gedacht. Konkret plant die Slowakei den Bau eines Reaktors in Jaslovské Bohunice in Grenznähe zu Österreich. Für SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas eine Provokation: „In Japan sind die schrecklichen Folgen des Reaktorunglücks noch nicht abzusehen und in Europa giert die Atomlobby schon wieder nach fetten Gewinnen“. Auch Bundeskanzler Werner Faymann bekräftigt seine ablehnende Haltung gegenüber AKW. Atomkraftwerke in grenznahen Bereichen „schmerzen uns besonders“, sagte der Bundeskanzler. Er werde „auf allen Ebenen“ dagegen auftreten.

„Wir brauchen eine Energiewende“

Atomenergie war auch Thema des „Österreich 2020“-Zukunftsdiskurses „Ökologie als Ökonomie des 21. Jahrhunderts“ im Wiener Museumsquartier. Zu Gast war der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Technologie in Thüringen, Matthias Machnig. Er betonte die Herausforderungen, die sich in Fragen der Energiepolitik und des Klimawandels für Europa stellen und fordert, den Fortschritts- und Nachhaltigkeitsgedanken in das Zentrum der Politik zu rücken. Dieser Fortschrittsgedanke lasse sich aber nicht mit Atomkraft vereinbaren. „Kernenergie ist keine Fortschrittstechnologie. Sie ist die kapitalintensivste Energieerzeugungsstruktur, die man sich denken kann“, sagte Machnig. Eine Energiewende sei notwendig, so der Minister. Ein grundlegender Umbau enthalte enorme Innovations-, Wachstums- und Beschäftigungschancen. „Dieser Umbau wird zu mehr Wachstum in den nächsten Jahren führen“, unterstrich Machnig.

SPOE_Aktuell-19-2011

Landesregierung lässt Teilqualifizierungslehre

„prüfen“

ÖVP windet sich aus der
Verantwortung den Jugendlichen
gegenüber

Über die Zusage der ÖVP, die Möglichkeiten der Teilqualifizierungslehre auf Gemeinde- und Landesebene „prüfen zu lassen“, zeigt sich SPÖ-Bildungssprecherin Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger nicht sonderlich erfreut. Anstatt weitere solche Lehrstellen zu schaffen, veranlasst die Landesregierung über einen Abänderungsantrag neuerlich nur eine Prüfung der bereits bekannten Situation. Für Sprickler-Falschlunger ist dies eindeutig zu wenig.

Die Möglichkeit der Teilqualifizierungslehre bedeutet für Jugendliche mit Lernschwierigkeiten oftmals die einzige Chance, einen richtigen Berufsabschluss zu erlangen. Denn diese Art der Berufsausbildung bietet sich gerade jungen Mädchen und Burschen mit eingeschränkten Lernfähigkeiten an, da diese speziell auf die Möglichkeiten und Fähigkeiten der Lehrlinge zugeschnitten wird. So werden etwa die Abschlussprüfungen an die jeweiligen Fähigkeiten der jungen Menschen angepasst oder die jeweilige Lehrzeit verlängert.

Auch SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch findet es traurig, dass das Land Vorarlberg sich auf der einen Seite stets rühmt, sich für Menschen mit Behinderungen zu engagieren, aber auf der anderen Seite so eine katastrophale Erfüllungsquote vorweisen muss.

Auch die integrative Berufsausbildung muss den Gemeinden und dem Land ein besonders schlechtes Zeugnis ausstellen: von 337 Jugendlichen, die eine „besondere“ Berufsausbildung machen, sind nur vier (!) beim Land und den Gemeinden beschäftigt.

Die Abgeordneten der SPÖ halten diesen Zustand für untragbar und fordern deshalb, dass im Amt der Vorarlberger Landesregierung die Anzahl der Plätze für die Teilqualifikationslehre massiv aufgestockt werden. Dies betrifft ebenso jene Betriebe, die sich im überwiegenden Eigentum des Landes Vorarlberg befinden. Des Weiteren sollen die Vorarlberger Gemeinden angehalten werden, auch in deren Wirkungsbereich solche Plätze zu schaffen. Und schließlich soll gemeinsam mit dem Gemeindeverband eruiert werden, in welchem Umfang die Anforderungen des Behinderteneinstellungsgesetzes in den Vorarlberger Gemeinden erfüllt werden.

Der entsprechende Antrag der SPÖ wurde von der ÖVP mit dem Verweis auf diese Prüfung abgelehnt. „Die Regierung macht es sich hier wieder einmal zu einfach“, findet Sprickler-Falschlunger. Dieses wichtige Anliegen werde von der ÖVP einfach in

einen Abänderungsantrag verpackt und in die bereits prall gefüllte „Zu-prüfen-Schublade“ gesteckt. SPÖ-Express, 03.06.2011

EURES-Grenzpartnerschaft BODENSEE

Ratgeber für Grenzgänger für 2011 erschienen

**Ausgabe 2011 beim DGB und bei den
Arbeitsagenturen gratis erhältlich**

RAVENSBURG/KONSTANZ (DGB-Region Südwürttemberg) –Die aktualisierte Ausgabe der „Infos für Grenzgänger 2011“ ist erschienen! Das noch druckfrische Standardwerk für Grenzgängerinnen, Arbeitsuchende und BeraterInnen ist gratis bei der DGB-Region Südwürttemberg in Ravensburg und bei allen Geschäftsstellen der Agentur für Arbeit erhältlich. Auf 190 Seiten finden sich übersichtlich alle Informationen zu den Themenbereichen Arbeit, Soziales und Steuern in den Ländern Deutschland, Schweiz, Liechtenstein und Österreich.

Die „Infos für Grenzgänger“ der EURES-Grenzpartnerschaft BODENSEE sind jetzt in der 8. aktualisierten Ausgabe erschienen. Herausgeber ist die DGB-Region Südwürttemberg. In der Broschüre wird u. a. erläutert, was bei der Jobsuche in einem unserer Nachbarländer beachtet werden sollte, wie es dort mit den Krankenversicherungen und Renten aussieht und welche Familienleistungen es in den einzelnen Bodensee-Ländern gibt. Auf diese und noch viel mehr Fragen geben die „Infos für Grenzgänger 2011“ wieder profunde und leicht verständliche Auskünfte. Was die Broschüre zudem besonders wertvoll für die NutzerInnen macht, sind die zusätzlich enthaltenen praktischen Tipps und Kontaktadressen für etwaige Nachfragen.

Großes Interesse

Das Interesse an den "Infos" ist unverändert groß. Schon lange vor dem Erscheinen gingen Anfragen und Bestellungen etwa aus Stuttgart, Sonthofen und Reutte /Tirol sowie vielen GrenzgängerInnen in der Bodenseeregion ein. Nicht ohne Grund, hat es laut dem Herausgeber, Gottfried Christmann, von der DGB-Region Südwürttemberg, „2011 doch viele inhaltliche Veränderungen gegeben, die man kennen sollte“.

Weitere Angebote

In dem Zusammenhang kündigt Christmann eine weitere Neuerung an: Noch im Juni 2011 sollen spezielle Faktenblätter zu den einzelnen Kapiteln der Broschüre und Ländern erscheinen und von der EURES-Homepage heruntergeladen und ausgedruckt werden können. Der Wermutstropfen dabei: Laut den Plänen von EURES soll es die „Infos für Grenzgänger“ in dieser Form und als gedruckte Ausgabe nicht mehr geben. „Wir bemühen uns wegen der großen Nachfrage aber intensiv, die ge-

druckte Broschüre weiterhin zur Verfügung stellen zu können“, verspricht Gottfried Christmann. Eine Einladung zum Mitmachen und zur gemeinsamen Präsentation der internationalen Bodenseeregion im Internet könnte die interaktive Europakarte werden, die im Juni auf www.jobs-ohne-grenzen.org zur Verfügung gestellt wird. Damit soll innerhalb Europas die Bodenseeregion in besonderer Weise zunehmend sichtbar und erfahrbar gemacht werden.

17.05.2011 DGB Region Südwestwürttemberg

SPD Kreis Konstanz

Peter Friedrich

"Verhandeln Sie!"

Medienunternehmen müssen Mitarbeiter fair behandeln

Die SPD im Kreis Konstanz appelliert an die Geschäftsleitung des Südkurier-Medienhauses, Gespräche mit den Gewerkschaften über einen Haustarifvertrag aufzunehmen. "Nur wer Mitarbeiter fair behandelt, hat einen Anspruch auf hohe Leistung und Motivation", erklärte der SPD-Kreisvorsitzende Peter Friedrich.

In seiner Außendarstellung betone das Südkurier-Medienhaus, wie es als "Haus der Ideen" seinen Mitarbeiterinnen Chancen und Perspektiven biete. Zum fairen Umgang mit den Mitarbeitern gehöre nicht nur eine angemessene, leistungsgerechte Bezahlung, sondern eine einvernehmliche Regelung der Arbeitsbedingungen. Zu einem Tarifvertrag, den die Gewerkschaften fordern, gebe es keine Alternative. Peter Friedrich fordert die Geschäftsleitung des Südkurier-Medienhauses auf: "Verhandeln Sie!".

Medienunternehmen beeinflussen die Wahrnehmung der Wirklichkeit und die politische Willensbildung. Im Gegenzug müsse von Medienunternehmen eine hohe gesellschaftliche Verantwortung eingefordert werden. Die einvernehmliche Regelung der Arbeitsbedingungen mit Tarifverträgen sei genau wie die betriebliche Mitbestimmung einer der Erfolgsfaktoren der deutschen Wirtschaft. "Wenn Medienunternehmen 'Tarifflucht' begehen und sich Tarifverhandlungen verweigern, handeln sie nicht nur gegen die Interessen ihrer Mitarbeiter, sondern auch gegen die Interessen der gesamten Gesellschaft."

"Wir Sozialdemokraten im Kreis Konstanz stehen daher auf der Seite der betroffenen Mitarbeiter und unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften DJV und ver.di“, sagte Friedrich.

Winfried Kropp, Pressesprecher SPD Kreis Konstanz

Bundestagsmandat zurückgegeben

Nach seiner Ernennung zum Bundesratsminister des Landes Baden-Württemberg hat Peter Friedrich sein Bundestagsmandat zurückgegeben. Auch aus dem Kreistag des Landkreises Konstanz wird er ausscheiden. Peter Friedrich wird gerade als Minister im Kreis Konstanz präsent sein und sich für die Interessen der Region einsetzen. Nachrücker in den Bundestag ist Stefan Rebmann aus Mannheim, in den Kreistag folgt der Konstanzer Stadtrat Herbert Weber.

www.peter-friedrich.info/

SPD Kreis Biberach MdB Martin Gerster

SPD-Kreisparteitag:

100 Prozent für Martin Gerster

BIBERACH - Der Biberacher Bundestagsabgeordnete Martin Gerster bleibt Vorsitzender der Kreis-SPD. Beim Kreisparteitag erhielt der 39-Jährige alle Stimmen der anwesenden Mitglieder und wurde damit - nach zehn Jahren im Amt - einstimmig für weitere zwei Jahre an die Spitze des Biberacher Kreisverbands gewählt.

Einen Personalwechsel gab es bei den Stellvertreterposten: Sascha Jungnitz aus Biberach und Dagmar Neubert-Wirtz aus Schemmerhofen treten die Nachfolge von Freddy Striegler und Elke Märkle an, die aus beruflichen bzw. familiären Gründen nicht mehr zur Verfügung standen. Karl Hagel aus Laubach wurde als Kassierer im Amt bestätigt.

Viele qualifizierte Kandidaturen sorgten bei den Beisitzerpositionen für Spannung. Gewählt wurden: Stefan Gretzinger aus Biberach, Elke Märkle aus Riedlingen, Dr. Mechthild Sahnwaldt aus Bad Schussenried, Bekir Yigit aus Laupheim und Lisa Stahn aus Biberach. Werner Kübler, Klaus Reich und Helene Wobig wurden von den Mitgliedern als Kassenprüfer bestellt. Erwin Wiest steht für weitere zwei Jahre der Schiedskommission vor.



von links:

Sascha Jungnitz, Martin Gerster, Dr. Mechthild Sahnwaldt, Dagmar Neubert-Wirtz, Lisa Stahn, Bekir Yigit, Stefan Gretzinger, Karl Hagel.

Mit dem Regierungswechsel und sieben Ministern in der neuen Landesregierung habe die SPD die Chance, Baden-Württemberg jetzt zu gestalten, so MdB Martin Gerster in seinem Rechenschaftsbericht und Ausblick. "In wichtigen Politikfeldern wie Bildung, sozialer Gerechtigkeit, Energie, innere Sicherheit und Bürgerbeteiligung muss dringend eine Veränderung her", so Gerster. Für alle, die an einem sozialen, ökologischen und bildungsorientierten Baden-Württemberg mitarbeiten wollten, müsse die SPD in den kommenden Monaten vor Ort Möglichkeiten der Mitarbeit anbieten, so Gerster. Als früherer Referent im Landtag habe er einen sehr guten Draht zu vielen Entscheidungsträgern in Stuttgart. Dies sei sicher kein Nachteil für den Kreis Biberach.

Biberach, den 19. Mai 2011

Wolfgang Heinzl, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

IG-Metall-Vertrauensleute von Liebherr in Berlin

Probleme im Ministerium vorgetragen

Auf Einladung des Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster haben IGMetallvertrauensleute des Liebherr-Werks Biberach vier Tage in Berlin verbracht und bei verschiedenen politischen Gesprächen auf Fehlentwicklungen hingewiesen, die sich zuungunsten von Arbeitnehmern auswirken. Die Arbeitnehmervertreter aus Biberach kritisierten beim Termin im Bundesministerium für Gesundheit, dass Arbeitnehmer immer höhere Beiträge für die Krankenversicherung aufbringen müssen. Auch drückten die Biberacher ihren Unmut über die Entscheidung der schwarz-gelben Bundesregierung aus, dass in Zukunft Arbeitgeber einen geringeren Beitrag zur Krankenversicherung leisten müssen als Arbeitnehmer.

Im Bundestag machten die Liebherr-Gewerkschafter Druck beim Thema Leiharbeit und Mindestlohn. Die steigende Zahl an prekären Beschäftigungsverhältnissen, insbesondere Leiharbeit und Befristungen, müsse die Politik stoppen, so der Tenor der IG-Metall-Vertrauensleute im Fachgespräch mit SPD-Arbeitsmarktexpertin Katja Mast. Die Bundestagsabgeordnete aus Pforzheim erläuterte den Biberachern, dass alle entsprechenden Vorstöße der SPD von der schwarz-gelben Bundesregierung abgelehnt worden sind.

Biberach, den 24. Mai 2011

Wolfgang Heinzl, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

MdB Gerster lädt Bürger ein

BIBERACH – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster veranstaltet am Dienstag, 14. Juni, eine Bürgersprechstunde. Ohne Voranmeldung können Bürgerinnen und Bürger in Gersters Wahlkreisbüro zwischen 10 und 12 Uhr mit dem Abgeordneten ihre Anliegen besprechen.

Das Büro liegt gegenüber dem Biberacher Bahnhof in der Poststraße 7, Telefon 07351/3003000, Telefax 07351/3003001,

E-Mail martin.gerster@wk.bundestag.de

Internet www.martingerster.de

**Biberach, den 3. Juni 2011, Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach**

Sozialprojekt:

Das Café Kumm ist in Gefahr

BIBERACH - Martin Gerster MdB hat sich jetzt im Biberacher Café Kumm mit Vertretern des Sozialmaßnahmenträgers Dornahof und der Diakonie Württemberg getroffen, um über die aktuelle Lage des Projektes zu sprechen. Schnell war klar, dass das Café im Biberacher Hallenbad aufgrund der von der schwarz-gelben Bundesregierung geplanten Kürzungen bei den Fördermaßnahmen für Langzeitarbeitslose in Gefahr ist.

Albrecht Weil, Leiter des Dornahofs, lobte: „Die Zusammenarbeit mit der Stadt Biberach ist bisher wirklich sehr gut“, und wies darauf hin, dass die Projekte der Diakonie sehr gut konzipiert seien. „Die vorgesehene Instrumentenreform des Arbeitsmarktes wird dazu führen, dass auch bisher sehr erfolgreiche Projekte, zu denen das Café Kumm mit seiner hohen Vermittlungsrate von über 25 Prozent gehört, nicht fortgesetzt werden können“, sagte Horst Knöpfel, Leiter der Dornahof-Außenstelle Biberach. Pfarrer Peter Schmogro von der Diakonie ergänzte: „Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen gibt es nach wie vor Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt aufgrund ihrer problematischen Biografie keine Chance auf einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz haben.“ Es müssten Schnittstellen geschaffen werden. Horst Knöpfel stellte klar: „Nur solche Projekte wie das Café Kumm bieten den Leuten eine Realperspektive, d.h. sie erwerben Fähigkeiten unter realen Bedingungen, die sie umsetzen und nutzen können.“ „Die Instrumente sollten erst einmal auf ihre Wirksamkeit geprüft werden, bevor man sie streicht“, forderte Martin Gerster und bot an den Dornahof in seinen Bemühungen gegen weitere Kürzung der Arbeitsmarktinstrumente zu unterstützen und das Anliegen an seine Kollegin Anette Kramme MdB weiterzuleiten, die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

Biberach, den 6. Juni 2011

**Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach**

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Hilde Mattheis will AKW Grundremmungen bis 2016 vom Netz nehmen

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis hat kein Verständnis für den verzögerten Ausstieg aus der Atomenergie. „Ich verstehe nicht, warum die Bundesregierung nicht die Konsequenz aus den Ereignissen in Japan zieht. Der Kompromiss der Bundesregierung ist faul,“ so Mattheis.

Die Ulmer Abgeordnete weist darauf hin, dass mit dem rot-grünen Atomgesetz von 2001 Grundremmungen im Jahr 2016 komplett abgeschalteten worden wäre. Hilde Mattheis stellt klar: „Es steht außer Frage, dass Grundremmungen das leistungsstärkste deutsche [Kernkraftwerk](#) ist, aber auch dieses könnten wir abschalten ohne dass die Lichter ausgehen.“ In Grundremmungen wurde schon 1977 ein Atommeiler (Block A) wegen eines Unfalls mit radioaktiven Verseuchungen und Totalschaden stillgelegt.

Ein aktueller Bericht der Reaktor-Sicherheitskommission untersuchte die einzelnen Kernkraftwerke im Bundesgebiet. Dieser Bericht macht klar: auch in Grundremmungen gibt es Schwachstellen. So wird das Notkühlsystem als „nur mittelmäßig abgesichert“ bezeichnet.

„Kein Kernkraftwerk kann je ganz sicher sein. Aus diesem Grund sollten wir so schnell wie möglich auf Erneuerbare umsteigen. Wir können bis 2020 komplett aus der Atomenergie aussteigen ohne Versorgungsengpässe zu bekommen,“ so Mattheis. Damit stellt sich Hilde Mattheis klar hinter das energiepolitische Konzept der SPD.

18.Mai 2011 Büro Hilde Mattheis, MdB

Weitere Ulmer Kita erhält Unterstützung bei der Sprachförderung

Zur Förderung der Evangelischen Kindertagesstätte Adlergasse im Rahmen des Programms „Schwerpunkt-Kita Sprache & Integration“ erklärt die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:

„Ich freue mich, dass mit der Kita in der Adlergasse eine weitere Ulmer Einrichtung in das Programm aufgenommen wurde. Insgesamt werden in Ulm nun 15 Kitas mit jeweils 25.000 Euro für zusätzlich einzustellendes Fachpersonal gefördert. Mit diesen Mitteln kann in jeder Einrichtung eine Halbtagsstelle für eine zur Sprachförderung qualifizierte und

angemessen vergütete Fachkraft geschaffen werden.

Spracherwerb ist der Schlüssel für die Integration in das gesellschaftliche Leben. Gute Bildungsangebote in den Kitas müssen deshalb so früh wie möglich zur Verfügung stehen.“

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:
http://www.vorteil-kinderbetreuung.de/was_politik_leistet/schwerpunkt_kitas/dok/360.php

31. Mai 2011

Büro Hilde Mattheis, MdB

Keine längere Laufzeit für Grundremmungen C

Zur Forderung von RWE-Chef Jürgen Großmann, in Grundremmungen beide Reaktorblöcke bis 2021 am Netz zu lassen erklärt die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:

„Mit der Energiewende hat die Bundesregierung endlich ihren atompolitischen Irrweg korrigiert. Fukushima hat gezeigt: Das immer bestehende Restrisiko der Atomenergie ist nicht zu verantworten. Auch die beiden 27 Jahre alte Reaktorblöcke Grundremmungen B und C müssen schnellstmöglich abgeschaltet werden. Eine Laufzeitverlängerung für Block B über das im Regierungskonzept vorgesehene Abschaltdatum 2017 hinaus darf es nicht geben.

Nun um einzelne Jahre längere Laufzeit für ihre Atomkraftwerke zu feilschen, ist unangemessen. Jahrzehntlang konnten die Kraftwerksbetreiber hohe Gewinne erwirtschaften und strichen milliardenschwere Subventionen ein, während die Allgemeinheit nach wie vor das gigantische Risiko eines Störfalls trägt.

Allerdings ist unverständlich, warum die Bundesregierung für den Block C eine vier Jahre längere Laufzeit vorsieht als für den baugleichen und fast gleichalten Reaktorblock B. Konsequenter wäre es gewesen, beide Blöcke spätestens 2017 vom Netz zu nehmen.“

8. Juni 2011

Büro Hilde Mattheis, MdB

SPD Kreis Ravensburg

Der „ROTE TURM“

Neue Ortsvereinszeitung aus Ravensburg

Eine neue Ortsvereinszeitung ist erschienen; der Ortsverein Ravensburg hat es gewagt. Herzlich willkommen lieber Felix. Der Rote

Seehas wünscht euch für die Zukunft viel Erfolg.

Unten stellt Felix Rückgauer, der Ortsvereinsvorsitzende seinen Roten Turm vor:
(die Redaktion)

1 Mai 2011

**Liebe Leserin,
lieber Leser,**

nach der Landtagswahl wurde die Idee einer eigenen Mitgliederzeitung aufgegriffen und wir sind ein kleinwenig darauf stolz, dass die erste Ausgabe so schnell verwirklicht werden konnte.

Das Ziel unserer Zeitung ist es, eigene Argumente und Erfolge wirksamer kommunizieren zu können. Die Auseinandersetzung mit der politischen Konkurrenz und falls erforderlich auch mit dem "Rathaus" soll nicht zu kurz kommen. Außerdem werden wir Sie über Neuigkeiten aus dem Ortsverein informieren.

Natürlich ist es uns auch ein Anliegen, mehr Menschen für den gesellschaftlichen Einsatz in unserer Mitte zu begeistern.

Der "Rote Turm" erscheint mindestens viermal im Jahr und wird per Email verbreitet.

Außerdem stellen wir ihn auf unserer Homepage zum Download bereit.

http://spdnet.sozi.info/bawue/ravensbgkv/rvnshg/dl/Roter_Turm_Ausgabe_1.pdf

Wir hoffen, Ihnen gefällt der "Rote Turm". Für Anregungen sind wir dankbar.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen



Felix Rückgauer, Ortsvereinsvorsitzender

SPD Kreis Sigmaringen

Neuer SPD-Kreisvorstand im Kreis Sigmaringen gewählt:

**Ein ganz junger
Kreisvorstand!**

Sind im Bodenseekreis etliche Funktionsträger/-innen mit ausländischer Herkunft in den neuen SPD-Kreisvorstand gewählt worden, so ist die Ju-

gend das vorherrschende Merkmal im neu gewählten SPD-Kreisvorstand im Nachbarkreis Sigmaringen.



Stephan Binsch

In Ostrach-Waldbeuren kandidierte die bisherige Kreisvorsitzende Susanne Fuchs nach mehreren aktiven Jahren nicht mehr für dieses Amt, gehört dem neuen Vorstandsteam aber als stellvertretende Kreisvorsitzende an. Neuer SPD-Chef im Landkreis zwischen dem Illensee im Süden und dem kleinen Lauchertsee im Norden am Albtrauf ist der 26-jährige Jung-Gemeinderat und Studiosus der Rechtswissenschaften aus Gammertingen, **Stephan Binsch**. Er war bisher auch Sprecher der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) im Kreis Sigmaringen. Zweiter stellvertretender Kreisvorsitzender ist der erst 22-jährige **Christian Röhl** aus Herbertingen, der SPD-Ortsvereinsvorsitzende in Bad Saulgau. Die Nachschülerin Nadja Grimm ist neue Schriftführerin aus Stetten am kalten Markt. Kreiskassier bleibt der auch noch zu den Jüngeren zählende SPD-Regionalgeschäftsführer Ulrich Möhrle. Einen eigenen Medienreferenten oder eine Medienreferentin hat man bei der Kreis-SPD noch nicht finden können. Bei den Beisitzer/innen ist der junge Rechtsanwalt Karl Stefan Abt aus Pfullendorf dabei, ebenso der Juso-Kreisvorsitzende(und Schüler)Carsten Kirchner aus Herdwangen-Schönach sowie die junge Angestellte Martina Goldau aus Meßkirch, Elisabeth Mattes, die Kassierin im Ortsverein Sigmaringen, der SPD-Gemeinderat und Altenpfleger Michael Femmer aus Mengen und der Gymnasiallehrer und Ortsvereinsvorsitzende Jörg Schmitt aus Ostrach. Daniel Klein, der bei der EU-Kommission in Brüssel arbeitet und als SPD-Landtagskandidat einen tollen Wahlkampf hingelegt hatte, dankte allen Aktiven für den Einsatz. Die 6 wichtigsten Wahlkampfthemen der Landes-SPD seien Bestand-

eil der neuen Koalitionsvereinbarungen, betonte Daniel Klein. Die Sigmaringer Kreis-SPD will in den nächsten Monaten neue SPD-Ortsvereine gründen und neue Mitglieder werben. Parteilose Wähler/innen sollen in der Parteiarbeit künftig aktiv mitarbeiten können, unter gewissen Umständen auch als Kandidaten bei der nächsten Gemeinderats- und Kreistagswahl im Jahr 2014. Das SPD-Gemeinderatsmitglied in Mengen, Michael Femmer, wies die Parteibasis aus den Ortsvereinen darauf hin, dass man kreisweit keinen eigenen Landtags- und Bundestagsabgeordneten habe. Deshalb sollen künftig verstärkt SPD-Minister und – Staatssekretäre aus Stuttgart eingeladen werden, um die grüne Landespolitik vor Ort „kompetent zu kommunizieren“.

Auch die SPD-Mandatsträger/innen in den Städten und Gemeinden sowie im Sigmaringer Kreisparlament sind aufgerufen, in den kommunalen Gremien die Beschlüsse der Landesregierung an geeigneter Stelle zu artikulieren. So wurde es bei der SPD-Kreisversammlung beschlossen. „Regieren heißt harte Arbeit in den kommenden Jahren“, sagte der neue Kreisvorsitzende Stephan Binsch, „wir stehen zu unserer Verantwortung“.

W. Bernhard

BayernSPD SPD Kreisverband Lindau

SPD-Europafest in Lindau

Schönstes Wetter, beste Laune und zahlreiche BesucherInnen: Die Lindauer SozialdemokratInnen können auf ein gelungenes Europafest am 21. Mai zurückblicken.

Der europäische Gedanke leide seit längerem unter verschiedenen ökonomischen Rahmenbedingungen und nicht zuletzt daraus sich ergebenden politischen Beeinträchtigungen, deren Bewältigung den politischen Verantwortlichen aufgrund ihrer eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten oftmals eine begrenzte Gestaltungsfähigkeit aufzeige. Zudem würden die komplizierten Prozesse des politischen Gestaltens im europäischen Mehrebenensystem zur Entfremdung der Bevölkerung vom nach dem Kriege noch vorherrschenden Einigungswunsch beitragen. SBI-Vizepräsident alt Nationalrat Fredi Alder (Rorschach) beschwor deshalb in Lindau, auch das Positive am europäischen Einigungsprozess nicht zu vergessen. Insbesondere gelte dies für die Überwindung der kriegerischen Auseinandersetzung im Geiste der Völkerverständigung. Dies und soziale Gerechtigkeit seien nach wie vor ein Hauptanliegen der europäischen und internationalen Sozialdemokratie: "Die Internationale erkämpft das Menschenrecht", so heiße es nicht um-

sonst in der alten Arbeiterhymne, meinte Fredi Alder.

Weitere Grußworte sprachen SBI-Präsident Norbert Zeller (Friedrichshafen), Landtagsabgeordneter Dr. Paul Wengert (Füssen), SPD-Unterbezirksvorsitzender Markus Kubatschka (Immenstadt) und natürlich der Lindauer SPD-Vorsitzende Helmut Kees. Besonderes Interesse galt dem gemeinsamen OB-Kandidaten von SPD und Freien Wählern, Dr. Gerhard Ecker, Stadtdirektor aus Augsburg. Ecker stellte sich in einer kurzen Ansprache bei den Anwesenden vor und vertiefte sodann die Kontakte im persönlichen Gespräch an den Tischen. Neben dem politischen Gedankenaustausch trugen die sehr gekonnt vorgetragenen griechischen Musikstücke von Christos Sterzos, aber auch die Verpflegung der BesucherInnen durch Erich Schäfler am Grill und das weitere Lindauer SPD-Team um Organisator Hermann Dorf Müller zum Gelingen der Veranstaltung unter schattigem Blätterdach inmitten der historischen Inselstadt bei.

23.05.2011

SBI

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Lindenberg

Lindenberg, den 24.05.2011

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

unser Ortsverein besteht nun seit einhundert Jahren. Seit der ersten Gemeinderatswahl nach dem ersten Weltkrieg, am 15. Juni 1919, wirkt die SPD, nur unterbrochen durch die Jahre der Naziherrschaft im Rat der Stadt mit.

In diesen einhundert Jahren war und ist unser Ortsverein ein starker und zuverlässiger Partner unserer Mitbürger, den Vereinen und Verbänden.

Darauf sind wir stolz und wollen das in einer Festveranstaltung gebührend feiern. Sie ist am Freitag, 10. Juni um 20.00 Uhr, im Löwensaal in Lindenberg.

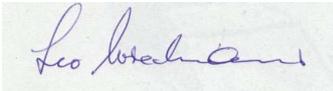
Festredner ist der stellvertretende Landesvorsitzende der BayernSPD

Dr. Thomas Beyer, MdL

Dr. Thomas Beyer ist auch der Landesvorsitzende der AWO.

Wir würden uns freuen euch bei uns begrüßen zu dürfen.

Mit freundlichen Grüßen



Leo Wiedemann, OV-Vorsitzender



Helmut Wiedemann, Fraktionssprecher



Vorsitzender: Leo Wiedemann
eMail: Leo.Wiedemann@t-online.de
Konto: Volksbank Lindenberg
Anton-Fehr-Str 2
Home: www.spd-lindenberg.de

Tel. 08381/5154
152200 BLZ 73369826
88161 Lindenberg

Buchbesprechung

Für Sozialdemokraten gelesen:

Sen, Amartya Kumar: Die Idee der Gerechtigkeit / Amartya Sen.

Aus dem Englischen von Christa Krüger - München: Beck, 2010. - 493 S. (The idea of justice <dt.>) ; ISBN: 978-3-406-60653-3

Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung

Neben der Freiheit und der Solidarität ist die Gerechtigkeit einer der drei Grundwerte des freiheitlichen demokratischen Sozialismus. Es kann daher für einen Sozialdemokraten lohnend sein, sich mit diesem Begriff einmal vertieft auseinanderzusetzen. Einen ausgezeichneten und hochaktuellen Führer durch dieses philosophische Terrain bietet das 2010 in deutscher Übersetzung erschienene oben zitierte Buch – die englische Originalausgabe erschien 2009.

Sein Autor, der indische Wirtschaftswissenschaftler und Philosoph **Amartya Sen**, hat sich neben seinen Arbeiten zu Wohlfahrtsökonomie, für die er 1998 den Nobelpreis erhielt, in mehreren Veröffentlichungen auch mit Fragen der politischen Theorie befasst. Sen ist zudem Mitglied mehrerer internationaler Expertengruppen, die sich weltweit mit Fragen einer gerechten Ordnung in einer globalen Welt befassen. Die besondere Kompetenz des Autors beruht nicht zuletzt auf seiner indischen Herkunft und seiner akademischen Karriere in den USA, Großbritannien und Indien.

Sens Buch beeindruckt denn auch durch seinen ungeheuer weiten geistigen Horizont, durch seine umfassende Kenntnis des westlichen wie des östlichen politischen Denkens. Immer wieder führt der Autor

seinen westlichen Lesern vor Augen, dass das Thema Gerechtigkeit sich nicht nur durch das abendländische Denken seit Platon und Aristoteles zieht, sondern dass auch in anderen Kulturkreisen Beiträge geleistet wurden, die es wert sind, in die aktuelle Diskussion aufgenommen zu werden. Dabei ist das Buch in einer wohlthuend unpräzisen Sprache gehalten, gewürzt mit einer kräftigen Prise britischen Humors. Die Lektüre ist auch sprachlich ein Genuss.

In der westlichen Tradition des neuzeitlichen politischen Denkens steht der Begriff der Gerechtigkeit in engem Zusammenhang mit der Denkfigur des Gesellschaftsvertrages. Ausgangspunkt ist die Frage, wie sich Menschen, denen von Natur aus das unveräußerliche Recht auf persönliche Freiheit gegeben ist, Einschränkungen ihrer Freiheit akzeptieren und sich Gesetzen unterwerfen sollen. Eine mögliche Antwort gibt die Idee des Gesellschaftsvertrags. Erstmals von dem britischen Philosophen Thomas Hobbes vorgetragen, ist sie seitdem von John Locke, Jean-Jacques Rousseau und Immanuel Kant bis ins zwanzigste Jahrhundert von dem us-amerikanischen Philosophen John Rawls in immer neuen Variationen in die Diskussion über eine freiheitliche und gerechte Gesellschaftsordnung gebracht worden.

In der jüngsten Fassung dieser Denkfigur des Gesellschaftsvertrags unternimmt Rawls ein Gedankenexperiment. Er stellt sich eine Versammlung freier Menschen vor, die es sich zum Ziel gesetzt hat, eine gesellschaftliche Ordnung zu schaffen, in der sie die Vorteile der Zusammenarbeit nutzen können, ohne befürchten zu müssen, in eine einseitige Abhängigkeit von anderen Menschen zu geraten und um die Früchte dieser Zusammenarbeit betrogen zu werden. Alle Teilnehmer schließen als Bürger eines Gemeinwesens aus freiem Willen einen Vertrag, der ihnen und ihren Nachkommen eine solche faire Kooperation garantieren soll. Dazu müssen sie, wie Rawls nachweist, von ihrem persönlichen sozialen und ökonomischen Status absehen und sich auf das beschränken, was ihnen allen als Menschen gemeinsam ist. In einer solchen Situation würden sich die Menschen, Rawls zu Folge, auf zwei fundamentale Prinzipien einer fairen und gerechten Ordnung einigen: Alle Teilnehmer erkennen sich gegenseitig die gleichen Rechte und den gleichen freien Zugang zu öffentlichen Ämtern zu. Unterschiede in Bezug auf den sozialen und ökonomischen Status, die als Folge der natürlichen Ungleichheit der Menschen entstehen, werden akzeptiert, wenn auch das am schlechtesten gestellten Mitglied der Gesellschaft einen Vorteil davon hat. In Auseinandersetzung mit der Vertragstheorie von Rawls entfaltet Sen seine Idee der Gerechtigkeit. Er bezweifelt die Annahme, dass sich die Teilnehmer des Sozialvertrags im Urzustand einstimmig auf diese zwei Grundsätze einigen würden. Dazu seien deren Motive und Interessen, aber auch die rationa-

len Gründe, die ihr Verhalten bestimmen können, zu vielfältig. Gerechtigkeit lässt sich nicht auf einen so einfachen Nenner bringen, zumal wenn wir sie, wie der Inder, aus globaler Perspektive betrachten. Wem es, wie ihm, darum geht, unsere vielgestaltige Welt, so wie sie ist, gerechter zu machen, der sollte sich, Sen zu Folge, nicht auf die Suche nach einem Set idealer Grundsätze machen, sondern von der alltäglichen Erfahrung offensichtlicher Ungerechtigkeit in der Welt ausgehen. Den Zugang zur Gerechtigkeit gewinnen wir durch die Feststellung von Ungerechtigkeiten.

Wer den Zustand einer Gesellschaft, sei es auf lokaler Ebene oder im Weltmaßstab, beurteilen will, der muss die reale Befähigung der Menschen beurteilen, selbstbestimmt ein gutes und lebenswertes Leben führen zu können – und zwar nicht nach einem abstrakten Maßstab, sondern im Vergleich zu anderen Gesellschaften und Weltgegenden. Eine Theorie der Gerechtigkeit, die sich auf die Auswahl von Institutionen (Gesetzen, Verfassungen) und die Festsetzung idealer Regelungen beschränkt, ist zu eng. Ihr stellt Sen seine, auf Vergleich und Verwirklichung gerichtete Perspektive gegenüber. Mit zwei Ausdrücken aus der altindischen Rechtsphilosophie bezeichnet der Autor diese beiden Perspektiven von Gerechtigkeit als „*niti*“ bzw. als „*nyaya*“. Mit dieser Perspektive sieht Sen sich in der Tradition von Denkern wie Adam Smith, Condorcet, Kenneth Arrow, interessanterweise auch von Karl Marx, setzt sich andererseits aber vehement gegen den Utilitarismus ab. Gerechtigkeit lässt sich für ihn nicht auf Nützlichkeit zurückführen. An die Stelle strenger Regeln setzt Sen auf die vernunftgeleitete Überprüfung ungerechter Zustände und der Handlungsalternativen für deren Verbesserung.

Entscheidend für Sens Gerechtigkeitskonzept des „*nyaya*“ ist die Rolle der Vernunft. Sen verwirft den in der ökonomischen Theorie verbreiteten Rationalitätsbegriff des den eigenen Nutzen maximierenden Individuums. Auch altruistisches oder solidarisches Verhalten kann rational sein. Um die Erfordernisse der Gerechtigkeit zu analysieren, bedarf es der begründeten kritischen Prüfung durch den öffentlichen Gebrauch der Vernunft mit dem Ziel, zu hinreichend objektiven Urteilen zu kommen, die kritischen sachkundigen Einwänden standhalten und denen die Menschen daher zustimmen, wobei vollständige Objektivität nicht zu erreichen ist. An dieser Stelle führt Sen die Denkfigur des unparteiischen Zuschauers ein, die er bei Adam Smith gefunden hat. Der unparteiische Zuschauer ist in der Lage, die Probleme mit den Augen anderer Menschen zu sehen, er nimmt einen Standpunkt ein, den die Menschen als gemeinsame Basis akzeptieren. Damit tritt der unparteiische Zuschauer an die Stelle des Gesellschaftsvertrages bei Rawls. Anders als dieser ist er offen, bezieht alle relevanten Standpunkte ein, nicht nur die der Mitglieder des Gesellschaftsvertrages, er konzentriert sich auf

die vergleichende Untersuchung realer Verhältnisse und befasst sich mit sozialen Verwirklichungen.

Eine Gerechtigkeitstheorie, der es um die schrittweise Entwicklung zu mehr Gerechtigkeit durch öffentlichen Vernunftgebrauch geht, muss auch die entsprechenden Rahmenbedingungen für deren Verwirklichung in ihre Überlegungen einbeziehen. Eine solche Politik bedarf der Meinungs- und Pressefreiheit, der Versammlungsfreiheit, sie bedarf einer politischen Kultur der Toleranz, die jedes vernünftige Argument gelten lässt und keines ausschließt, die öffentlichen Protest zulässt und nicht unterdrückt. Kurzum: sie bedarf einer Kultur der Demokratie. Entsprechend seiner Perspektive des „*nyaya*“ betont der Autor, dass Demokratie mehr ist, als ein System von Gesetzen und Verfassungsbestimmungen. In dieser Einsicht trifft Sen sich mit der Diskurstheorie von Jürgen Habermas. In einer Demokratie gilt nicht nur die Mehrheitsregel, sondern auch die Achtung von Minderheitsrechten. Die Wurzeln einer so verstandenen deliberativen Demokratie liegen, wie Sen nachweist, nicht nur in der Kultur des Westens, wie es in Europa und Nordamerika nur allzu gern gesehen wird. Diese Kultur des öffentlichen Vernunftgebrauchs wirkt nicht nur in politisch verfassten Gemeinwesen, sondern auch global, etwa durch internationale Gremien, Nichtregierungsorganisationen, Verfahren des Monitoring etc.

Seine Herkunft aus der Wirtschaftswissenschaft kann und will der Autor in seinem Werk nicht verbergen. Ihm widerstrebt der Gedanke, Gerechtigkeit durch Gesetze herzustellen, deren Befolgung der Staat mit seinem Monopol der legitimen Gewalt durchsetzt. Allzu leicht könnte der Staat irren und neue Ungerechtigkeit schaffen. Demgegenüber setzt Sen darauf, Entscheidungen auf der Basis individueller Präferenzen und Wertvorstellungen, die vernünftigen Einwänden standhalten, über Verfahren der Sozialwahltheorie (social choice theory) herbeizuführen. Dem von seinem Lehrer Kenneth Arrow aufgeworfenen Problem, dass demokratische Entscheidungen gewissen Mindestbedingungen an Rationalität nicht zu genügen scheinen, tritt er mit seinen Forschungen entgegen, die belegen, dass die Qualität sozialer Entscheidungen erheblich verbessert werden kann, wenn die Informationsbasis, auf der sie getroffen werden, verbreitert wird.

Dabei bleibt Sen sich der Grenzen dieses Verfahrens bewusst. Vollständige Objektivität ist nicht zu erreichen. Unsere menschliche Vernunft ist begrenzt. Auch die gründlichste Diskussion konkurrierender Ansprüche auf Gerechtigkeit kann angesichts der unaufhebbaren Pluralität rationaler Gründe nicht zu vollständigen Lösungen führen. In Fragen der Gerechtigkeit müssen wir uns mit partiellen Lösungen zufrieden geben. Aber es wäre eine Fehler, wegen der Unmöglichkeit einer perfekten Lösung die Idee der Gerechtigkeit insgesamt zu ver-

werfen. Auch partielle Lösungen können die Entwicklung zu mehr Gerechtigkeit in der Welt voranbringen. „Wir gehen so weit, wie die Vernunft uns leitet.“

Mit seinem am realen politischen Prozess orientierten Ansatz des „nyaya“ ist der Autor zweifellos in eine Lücke gestoßen, die die Vertragstheorie gelassen hat. Die Kluft zwischen den Rawls'schen Prinzipien der Gerechtigkeit und den realen Problemen in China, Indien, Russland oder wo immer sonst erscheint allzu groß, als dass sie dort konkret helfen könnten. Zu sehr scheint die Vertragstheorie westlichem Denken verhaftet, als dass sie globale politische Wirksamkeit entfalten könnte.

Die Grenze des Sen'schen Ansatzes wird offenbar, wenn man sich vor Augen führt, dass der politische Prozess immer zu einer Entscheidung und zu entsprechenden Aktionen führen muss. In vielen Fällen wird dabei die Einstimmigkeit auf Grund rationaler Diskussion nicht zu erreichen sein. Es wird also immer individuelle Präferenzen geben, die in der Entscheidung nicht berücksichtigt wurden. Politische Entscheidungen müssen oft bei unvollkommener Information über die entscheidungsrelevanten Umstände getroffen werden. Und in diesem Zusammenhang gilt es auch zu beachten, dass Politik immer etwas mit Macht zu tun hat. Wenn wir dennoch vernünftigerweise erwarten wollen, dass sich auch die Unterlegenen einer solchen Entscheidung beugen, wenn trotzdem der Friede in der Gesellschaft gewahrt werden soll, dann bedarf es einer demokratischen Verfassung, dann bedarf es gesicherter Grundrechte, dann bedarf es der Wahlen mit Mehrheitsprinzip und der Regierung auf Zeit. Unter diesem Aspekt ist die Bedeutung von „niti“ größer als Sen dies wahrhaben will.

Dass die Theorie der Sozialwahl keine hinreichende Grundlage für eine Gerechtigkeitstheorie bietet, scheint Sen gespürt zu haben, auch wenn er sich immer wieder mit Nachdruck zu ihr bekennt. Deutlich wird dies, wenn er die Rolle der Menschenrechte für eine globale Theorie der Gerechtigkeit diskutiert. Einerseits ist er ein starker Befürworter der Idee der Menschenrechte, weil sie „offensichtlich dringend notwendig“ sind, wenn es gilt, „Maßnahmen gegen die furchtbaren Notlagen in der Welt“ zu ergreifen. Andererseits weiß er um die radikale Ablehnung dieser Idee, gerade auch aus dem Kreis von Denkern, denen er sich verbunden fühlt, die den Glauben „es genüge Mensch zu sein, um Anspruch auf Rechte zu haben“ mit Jeremy Bentham für „Unsinn auf Stelzen“ halten. Wenn Sen Menschenrechte als „ethische Ansprüche“ versteht, „die sich konstitutiv mit der Wichtigkeit menschlicher Freiheit verbinden“, und die kritischer Prüfung durch öffentlichen Vernunftgebrauch standhalten, wenn er zugesteht, dass aus akzeptierten Menschenrechten - wie etwa dem Schutz vor Folterung - „vollkommene Pflichten“ unmittelbar folgen, dann

geht er damit deutlich über den Ansatz der Sozialwahltheorie hinaus.

Die Besinnung auf die Idee der Gerechtigkeit, verstanden im Sinne Sens als „nyaya“, kann Sozialdemokraten für den Entwicklungsaspekt des demokratischen Sozialismus sensibilisieren. Als historische Bewegung, die der Emanzipation unterprivilegierter Gruppen, der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft und der gemeinsamen internationalen Sicherheit durch Kooperation verpflichtet ist, zielt der demokratische Sozialismus auf keinen wie immer definierten Idealzustand, sondern ist vielmehr eine „dauernde Aufgabe“, wie es im Hamburger Programm heißt. Ausgangspunkt ihrer politischen Forderungen und ihres politischen Handelns sind die konkreten Ungerechtigkeiten, die „Widersprüche der Globalisierung“, um noch einmal das Grundsatzprogramm zu zitieren. Diese pragmatische Perspektive kann und sollte noch stärker in den Blickpunkt treten, wenn es gilt, gegen konkrete Ungerechtigkeiten politische Bündnisse mit anderen Parteien – etwa den Grünen, aber auch mit gesellschaftlichen Kräften im vorpolitischen Raum – Gewerkschaften, Kirchen, karitativen Verbänden, Naturschutzverbänden, Bürgerinitiativen etc. – einzugehen.

Peter Didszun

In eigener Sache:

Unsitten und Schlimmeres

„Es ist eine Unsitte, Alkohol zum Essen zu trinken, wenn man Auto fährt.“ Als deutsche Unsitte gilt ständiges Jammern und Kritiküben. (thefreedictionary). Die folgenden Beispiele sind nicht erfunden.

Beispiel: Ein Genosse schickt an seinen Bekanntenkreis per Mail seine Meinung zu einem strittigen Thema. Einem anderen Genossen passt die Aussage ganz und gar nicht. Er antwortet in gereiztem Ton und ziemlich unsachlich und gibt den Streitfall an seine Freunde weiter.

So etwas kommt täglich vor und ist anscheinend nicht der Rede wert. So einfach ist es nicht:

Der erste Genosse hat seinen Verteiler benutzt und seinen Mailverkehr unter **CC** (Carbon Copy, die Kopie) abgewickelt – Wikipedia). Dabei werden alle Adressen, die angemailt wurden, für alle Empfänger bekannt/lesbar.

Sollen die Empfänger nicht voneinander wissen, bietet sich das Versenden unter **Bcc** (Blind Carbon Copy, die Blindkopie):

Das BCC-Feld enthält eine oder mehrere durch Kommata getrennte E-Mail-Adressen, an die eine Kopie der E-Mail gesendet wird, ohne dass dies jedoch für die anderen angegebenen Empfänger sichtbar sein soll („Blindkopie“). Durch eine Blind-

kopie sollen die Empfänger von Rund-Mails vor der Adressen-Sammlung von böartigen Diensten wie z. B. [Spambots](#) gesichert werden.

Der Absender kann unter **CC** seine eigene Adresse eingeben. Dann kann er kontrollieren ob alles wie gewünscht verlaufen ist.

Vorsicht: Beim Antworten sollten die Empfänger darauf achten, dass sie nicht „**Allen antworten**“ anklicken.

Damit geben sie allen Empfängern ihre eigene Adresse und den Empfang von Mail Nr. 1 bekannt, Manche Mailprogramme und Server ermöglichen dann auch noch das Lesen der ursprünglichen Bcc-Zeile mit allen Adressen.

Mehr als eine Unsitte beim obigen Beispiel ist, dass das [unerlaubte Veröffentlichen von Mailadressen einen Verstoß gegen das Datenschutzgesetz darstellt](#) (auch wenn dies unbeabsichtigt geschieht!). Wer keinen Ärger will, sollte seine Verteiler über **Bcc laufen** lassen, bei Antworten nur „**Antworten**“ verwenden.

Ein anderes Beispiel: Eine Einladung zu einer Veranstaltung wird über einen Verteiler geschickt. Da die Empfänger wissen wollen wozu sie ihre Zeit einsetzen, wollen sie das Thema wissen. Kein Problem: das Thema wird genannt, möglichst noch eine Leseprobe zum Nachdenken und zur Einstimmung auf das Thema dazu gepackt. Neuerdings entwickelt sich immer häufiger anschließend sowohl eine inhaltliche Diskussion zum Thema oder auch über die Wahl des Themas.

Gut gemacht – sollte man meinen

Die Diskussion verbreitete sich aber unter Verwendung von „**Allen antworten**“ mit den oben beschriebenen Folgen. Möglicherweise ist dann die Veranstaltung sowieso überflüssig geworden.

Leute denkt nach bevor ihr loslegt.

Vorschlag: Der Versand von Mails an einen Kreis von Empfängern, die sich nicht untereinander kennen, sollte immer unter **Bcc** erfolgen. Russisches Sprichwort: „Ein Wort ist wie ein Vogel. Lässt man es los, kann man es nicht mehr einfangen“.

Karl-Heinz König

Fortsetzung von S. 8

Landesdelegiertenkonferenz der Jusos BW

Samstag, 02.07.2011, 11:00 Uhr - Sonntag,
03.07.2011, 18:00 Uhr
Ort: Osterburken, Baulandhalle

Die Landesdelegiertenkonferenz wählt einen neuen Landesvorstand der Jusos BW, und wird über Anträge aus den Kreisverbänden und dem LaVo beraten.

SBI:

01.07.2011

SBI-Vorstandssitzung

18.00 Uhr bis 20.00 Uhr
Inselhalle Lindau.

09.09.2011

Verleihung des Prix Wasserfrau 2011

PreisträgerIn noch unbekannt

Ort und Land noch offen

Nahles:

Bahr provoziert weitere Kassenschließungen

Zu den Meldungen über finanzielle Auswirkungen des Versorgungsgesetzes erklärt die SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles:

Mit dem Versorgungsgesetz setzt Gesundheitsminister Daniel Bahr die Klientel-Politik der Bundesregierung fort: Ärzte bekommen noch mehr Honorar und Versicherte müssen zahlen. Das löst kein Problem in der Versorgung auf dem Land. Mit mehr Geld für Ärzte und Pharmaindustrie kann die Versorgung nicht mehr verbessert werden kann. Im Gegenteil: Er betreibt eine Verteuerungspolitik, die automatisch zu höheren Zusatzbeiträgen führt. Dies ist in Zeiten, wo der finanzielle Druck bei den gesetzlichen Kassen wächst und Versicherte nach der Schließung der City-BKK diskriminiert werden, brandgefährlich. Mit seinen Plänen provoziert Bahr weitere Kassenschließungen. Die Versicherten sind die Verlierer, wo sie eigentlich von einer verbesserten Versorgung profitieren sollte.

Schon heute ist klar: Wenn die Fehlanreize, die die PKV mit überhöhten Honoraren in den Ballungsräumen verursacht, nicht beseitigt werden, wird die Unterversorgung auf dem Land nicht verbessert. Ärzte werden weiter dort Praxen eröffnen, wo es lukrative Privathonorare gibt. Ein Versorgungsgesetz, dass diesen Missstand nicht behebt, ist seinen Namen nicht wert. Eine bessere Verteilung der Ärzte kann nur mit einer Bürgerversicherung erreicht werden, die für eine gleichmäßige und bedarfsgerechte Verteilung der Honorare zwischen Ballungsräumen und ländlichen Regionen sorgt.

08.06.2011

SPD Presseservice

Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion

Freitag, 27. Mai 2011

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt":

- Sozial vertragliche Energiewende

Die Themen:

- "Aussenpolitik in Lethargie"
- SPD fordert Nachbesserungen bei Bundeswehrreform
- Mehr Transparenz fuer Verbraucher und Informantenschutz noetig
- Korruption im Gesundheitswesen
- Teilhabe Aelterer am Arbeitsleben ermoeeglichen
- Kinderlaerm - ist kein Grund mehr zur Klage
- SPD-Fraktion will Kooperationsverbot ueberwinden
- Altschuldenentlastung fuer Wohnungsunternehmen in den neuen Laendern
- Schaendliche Willkuerjustiz in Belarus
- Datenschutz fuer Arbeitnehmer
- Den Strassenverkehr sicherer machen

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier:

- Schwarz-gelb dreht sich nur um sich selbst

Aktionen:

- Organspende - Entscheidung fuer das Leben

Interview:

- Steinmeier: "Frau Merkel hat den Wert des rot-gruenen Atomkonsenses nie verstanden"
- Drei Fragen an Thomas Oppermann

Video:

- Steinmeier: "Aussenpolitik in Lethargie"
- Heil: SPD warnt vor Spaltung des Arbeitsmarktes
- Pressestatement von Rainer Arnold zur Bundeswehrreform

Veroeffentlichungen:

- Faltblatt: Organspende - Entscheidung fuer das Leben
- Fraktion Intern 4/2011

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt"

Sozial vertragliche Energiewende

Wir wollen mit unserem Programm zur Energiewende einen realistischen, wirtschaftlich erfolgreichen, sozial gerechten und oekologisch ambitionierten Weg gehen. Wir zeigen, dass die Energiewende, wenn sie die Gesellschaft nicht zerreissen soll, von einem erneuerten Sozialvertrag getragen werden muss.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56909,00.html

Die Themen

AUSSENPOLITIK

"Aussenpolitik in Lethargie" - Steinmeier warnt vor Ansehensverlust Deutschlands
SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier hat der Bundesregierung Untaetigkeit in der Aussenpolitik vorgeworfen. Deutschland sei von "einer anerkannten respektierten Fuehrungsnation in Europa an die europaeische Peripherie geraten", antwortete Steinmeier auf eine Regierungserklaerung der Kanzlerin zum G8-Gipfel. "Die Kleinen in Europa zweifeln an unserer Verlaesslichkeit, und die Grossen - Frankreich und Grossbritannien - treffen Vereinbarungen an uns vorbei."

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56992,00.html

SICHERHEIT/VERTEIDIGUNG

SPD fordert Nachbesserungen bei Bundeswehrreform - Arnold verlangt serioese Finanzierung und mehr Engagement fuer Freiwilligendienst

Die SPD schliesst eine Zustimmung zu der von Verteidigungsminister de Maizière geplanten Reform der Bundeswehr nicht aus, fordert aber Nachbesserungen an den Reformplänen. Notwendig seien vor allem eine seriöse Finanzierung und ein "Attraktivitätsprogramm", um den Soldatenberuf attraktiv zu halten und dem neuen Freiwilligenmodell zum Erfolg zu verhelfen, sagte der SPD-Verteidigungspolitiker Rainer Arnold im Bundestag.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56849,00.html

ERNAEHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ Mehr Transparenz fuer Verbraucher und Informantenschutz noetig - Schwarz-Gelb zieht halbherzige Konsequenzen aus Dioxinskandal Aus Sicht der SPD muss das Verbraucherinformationsgesetz dringend geaendert werden, um die Transparenz fuer die Verbraucher hinsichtlich der Lebensmittel- und Futtermittelproduktion zu erhoehen. Ebenso gilt es Beschaeftigte, die Behoerden ueber Missstaende informieren vor Kuendigungen zu schuetzen. Dazu haben wir einen Entschliessungsantrag eingebracht.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57004,00.html

GESUNDHEIT

Korruption im Gesundheitswesen wirksam bekaempfen - Schaden von Patienten und Krankenkassen abwenden Jaehrlich gehen der gesetzlichen Krankenversicherung durch Korruption, Abrechnungsbetrug und Falschabrechnung zwischen funf und 18 Milliarden Euro verloren. Neben dem finanziellen Schaden ist auch die Gesundheit der Patienten bedroht. Um der Korruption im Gesundheitswesen entgegen zu treten hat die SPD-Fraktion einen Antrag in den Bundestag eingebracht.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,54448,00.html

ARBEIT UND SOZIALES

Teilhabe Aelterer am Arbeitsleben ermoeglichen - Einstieg in die Rente mit 67 verschieben Die Beschaeftigungsquote Aelterer hat sich in vergangenen Jahren zwar deutlich verbessert. Aus unserer Sicht sind jedoch die Bedingungen noch nicht erfuellt, um 2012 mit der Anhebung des Renteneintrittalters zu beginnen. Erst nach Vorlage des naechsten Regierungsberichts 2014 soll erneut ueber eine Einfuehrung entschieden werden. Wir fordern die Regierung auf, ein Gesamtkonzept zu erarbeiten, das die noetigen Voraussetzungen fuer die Anhebung der Regelaltersgrenze schafft.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56990,00.html

UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT Kinderlaerm - ist kein Grund mehr zur Klage - Doch Jugendliche laesst Schwarz-Gelb aussen vor Grundsaeztlich begruesst die SPD-Fraktion, dass Union und FDP sich unserer Haltung angeschlossen haben und nun gesetzlich verankert haben, dass der Laerm von Kitas, Tagespflegestellen und Kinderspielplaetzen, nicht mehr als schaedliche Umwelteinwirkung eingestuft werden kann. Allerdings hat Schwarz-Gelb den Laerm, der von Jugendeinrichtungen und Bolzplaetzen aus geht, aussen vorgelassen. Und duckt sich damit vor dem draengenden Problem in Staedten und Gemeinden weg.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56902,00.html

BILDUNG UND FORSCHUNG

SPD-Fraktion will Kooperationsverbot ueberwinden - Bund und Laender muessen in der Bildungspolitik besser zusammenarbeiten koennen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat heute eine Initiative zur Ueberwindung des Kooperationsverbotes fuer Bildung im Grundgesetz beschlossen. "Unsere Kernforderung ist, dass zusaetzliche Moeglichkeiten der Zusammenarbeit von Bund und Laendern im Bildungsbereich geschaffen werden", erklaren Ernst Dieter Rossmann und Swen Schulz.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56922,00.html

VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG

Altschuldenentlastung fuer Wohnungsunternehmen in den neuen Laendern - Antrag der SPD-Bundestagsfraktion Die Altschuldenhilfe ist ein wesentliches Element im Rahmen des Stadtumbaus, die es erst ermoeglicht, den durch die demographische Entwicklung notwendigen Rueckbau von Wohnungen in den neuen Laendern durchzufuehren und Stadtquartiere aufzuwerten. Diese Anstrengungen muessen ueber das bisher Geleistete fortgefuehrt werden.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,51566,00.html

AUSSENPOLITIK

Schaendliche Willkuerjustiz in Belarus - Urteile gegen Nikolai Statkevich und andere sind empoeerend
Wir koennen nicht dulden, dass die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie mitten in Europa derart mit Fuessen getreten werden. Die Europaeische Union muss unmissverstaendlich deutlich machen, dass wir ein solches Verhalten in keiner Weise tolerieren, fordert Frank-Walter Steinmeier anlaesslich der Urteile gegen Nikolai Statkevich und weiterer politischer Gefangene.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56993,00.html

INNERES

Datenschutz fuer Arbeitnehmer - Bundesregierung laesst Beschaeftigte allein
Arbeitnehmer muessen kuenftig ihre Privatsphaere am Betriebseingang abgeben. Mit ihrem Entwurf zur Aenderung des Bundesdatenschutzgesetzes will die Bundesregierung erreichen, dass Beschaeftigte ununterbrochen per Video ueberwacht werden koennen, wenn der Arbeitgeber dies fuer erforderlich haelt, kritisiert Christine Lambrecht.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56898,00.html

VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG

Den Strassenverkehr sicherer machen - Finanzierung mindestens auf gleichem Niveau halten
Mobilitaet ist eine wichtige Voraussetzung fuer Fortschritt, Wohlstand, Wachstum und Beschaeftigung. Integrierte Verkehrspolitik zielt darauf ab, diese Mobilitaet so sicher, umweltfreundlich und sozial gerecht wie moeglich zu gestalten. Dabei hat die Verkehrssicherheit eine hohe Prioritaet. Sie muss finanziell gesichert sein und den aktuellen gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen entsprechen. Ehrenamtliche Arbeit in diesem Bereich muss anerkannt und unterstuetzt werden.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56811,00.html

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier

Schwarz-gelb dreht sich nur um sich selbst - Frank-Walter Steinmeier zur Wahl in Bremen - und zur Lage von Schwarz-Gelb

Nach dem schlechten Abschneiden von Union und FDP bei der Wahl in Bremen beobachtet SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier zunehmende Irritationen in der Koalition. Die Regierung stehe vor schwierigen Entscheidungen bei den Themen Energie und Europa, sagte Steinmeier vor der Presse in Berlin. Doch in der Regierung drehe sich alles um sich selbst - und nicht um die Zukunft des Landes.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56923,00.html

Aktionen

GESUNDHEIT

Organspende - Entscheidung fuer das Leben - Unser Land braucht mehr Organspender
Am 4. Juni ist in Deutschland der Tag der Organspende. Neben vielen Gesundheitsorganisationen, die fuer die Bereitschaft zur Organspende werben und darueber informieren, setzen sich auch die SPD-Bundestagsabgeordneten aktiv dafuer ein, mehr Organspender zu gewinnen. Im Juni beginnt auch im Deutschen Bundestag die Diskussion dazu, noch vor der parlamentarischen Sommerpause sollen fraktionsuebergreifende Gruppenantraege fuer eine Aenderung des Transplantationsgesetzes auf dem Tisch liegen.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56956,00.html

Interviews

"Frau Merkel hat den Wert des rot-gruenen Atomkonsenses nie verstanden" - Frank-Walter Steinmeier ueber die Energiewende und die Reform der Bundeswehr

"Wer eine sichere Energieversorgung in der Zukunft will, muss glaubwuerdig zurueck zum Atomausstieg," sagt Frank-Walter Steinmeier im Interview mit dem Bonner General Anzeiger. Die SPD sei interessiert, der Bundesregierung auf den Weg zu verhelfen - wenn die Altmeiler abgeschaltet bleiben und Erneuerbare Energien

entschlossen gefordert werden. "Ich halte es fuer eine Selbstverstaendlichkeit, dass die Bundesregierung dabei erkennen laesst, wie sie mit der Endlagerfrage umgehen will."

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56971,00.html

Drei Fragen an Thomas Oppermann - "Viele kommen mit dem Zickzackkurs der Kanzlerin nicht klar"

SPD-Fraktionsgeschaeftsfuehrer Thomas Oppermann macht Kanzlerin Merkel fuer das schlechte Abschneiden der Union bei der Wahl in Bremen verantwortlich: "Nicht nur die Buerger, sondern auch viele in der CDU kommen mit dem Zickzackkurs der Kanzlerin nicht klar. Die Atom-Wende war nicht glaubwuerdig. In vielen Bereichen herrscht Stillstand. Beim Euro setzt Merkel nur noch auf Populismus, aber faehrt eine Niederlage nach der anderen ein," sagt Oppermann in der Leipziger Volkszeitung.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,56895,00.html

Videos

"Aussenpolitik in Lethargie"

Rede von Frank-Walter Steinmeier

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=8MgkMDNVzi4&feature=channel_video_title

SPD warnt vor Spaltung des Arbeitsmarktes Pressestatement von Hubertus Heil

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=P3mT_mmW-sY&feature=channel_video_title

Freiwilliger Grundwehrdienst droht zu scheitern Pressestatement von Rainer Arnold

Video ansehen ...:

http://www.youtube.com/watch?v=BmHbfwt7rg&feature=channel_video_title

Veroeffentlichungen

Faltblatt: Organspende - Entscheidung fuer das Leben - Unser Land braucht mehr Organspender

(12 Seiten, Mai 2011)

Faltblatt ansehen ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,14595,00.pdf

Fraktion Intern Nr. 4/2011 mit dem Schwerpunktthema "Zukunftsprogramm fuer Deutschland und Energiepolitik"

Fraktion Intern ansehen ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,57012,00.html

Diese und weitere Veroeffentlichungen koennen Sie bei uns kostenlos bestellen:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

Mit freundlichen Gruessen

webteam@spdfraktion.de

www.spdfraktion.de

- Informationen ueber die SPD-Bundestagsabgeordneten:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,1910,00.html

- Der Fraktionsvorsitzende Dr. Frank-Walter Steinmeier:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3942,00.html

- Veroeffentlichungen der SPD-Bundestagsfraktion:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

SPD-Bundestagsfraktion

SPD-Bundestagsfraktion

Oeffentlichkeitsarbeit

Platz der Republik 1 11011 Berlin

Telefon (0 30) 227-5 49 07

Telefax (0 30) 227-5 68 00

E-Mail: webteam@spdfraktion.de

Internet: <http://www.spdfraktion.de>

Die SPD-Bundestagsfraktion bei facebook:

<http://www.facebook.com/spdbundestagsfraktion>

Neuaufgabe 2011

Arbeit

Soziales

Steuern

INFOS FÜR GRENZGÄNGER



Kostenlos erhältlich bei:

Arbeitsmarktservice Vorarlberg

Landesgeschäftsstelle, Rheinstr. 33, A-6901 Bregenz
E-Mail: ams.vorarlberg@800.ams.or.at

DGB-Region Südwürttemberg

Regionbüro Ravensburg
Jahnstr. 26, D-88214 Ravensburg
E-Mail: ravensburg@dgb.de

Amt für Arbeit St. Gallen

Unterstr. 22, CH-9001 St. Gallen
E-Mail: info.vdafa@sg.ch



Europäische Union



www.jobs-ohne-grenzen.org

v.l.S.d.P.: G. Christmann, Co-Präsident EURES-Grenzpartnerschaft Bodensee, Jahnstraße 26, D-88214 Ravensburg

Impressum

Herausgeber:

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: rotersee@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europa Aktuell:

Martin Mendler, Pressesprecher:

martin.mendler@spd.landtag-bw.de

Dietram Hoffmann:

dietram.claudia@t-online.de

Dario Sulzer: sulzer@sp-sg.ch

SPÖ-Express:

hubert.loetsch@spoe.at

www.spoe.at

SPÖ-Aktuell:

spoe.aktuell@spoe.at

DGB-Region Südwestfalen:

efi.binder@dgb.de

Winfried Kropp, Pressesprecher

SPD Kreis Konstanz:

kropp@spd-kreis-konstanz.de

Wolfgang Heinzel:

Wolf99maci@aol.com

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

SBI: www.bodensee-internationale.org

Felix Rückgauer:

felix.rueckgauer@spd-online.de

Leo Wiedemann:

leo.wiedemann@t-online.de

Peter Didszun:

peter.didszun@web.de

Newsletter Bundestagsfraktion:

aboservice@spdfraktion.de

Bundestagsfraktion:

webteam@spdfraktion.de

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Bundes-Süd (SPD.de):

www.spd.de

SPD.de

Gottfried Christmann:

gottfried.christmann@dgb.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder. Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

[E-Mail-Abonnement \(ab\)bestellen](#)

(Karl-Heinz König)

rotersee@kabelbw.de